VR China-4.Nationaler Volkskongress Seite 4-7

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 5 vom 1. Februar 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Im Oktober hieß es: 9% und sichere Arbeitsplätze

Stahlkollegen droht Kurzarbeit

Noch vor wenigen Wochen war in den Zeitungen vom „Stahlboom" die Rede, hieß es, der Stahlbereich sei für die nächsten Jahre gesichert. Heute steht nun auch den Kollegen in diesem Wirtschaftsbereich Kurzarbeit bevor: Die Stahlwerke Bochum haben bereits für ein Drittel der Kollegen vier Wochen Kurzarbeit im März angeordnet. Verschiedene kleinere Werke werden auf dem Fuße folgen. Wie das „Handelsblatt" berichtet, ist aber auch bei den größeren Hüttenwerken ab Ende März mit Kurzarbeit zu rechnen.

Noch beim letzten Tarifabschluß, als die IGM-Führer bei Stahl den 9%-Betrug durchsetzten, hatte mancher Kollege gehofft, durch verstärkte Überstundenschinderei, durch Sonderschichten der ständigen Teuerung begegnen zu können. Doch diese Möglichkeit ist jetzt auch den Stahlwerkern genommen: In den Hüttenwerken, wo noch nicht direkt kurzgearbeitet wird, sind Überstunden und Sonderschichten größtenteils gestrichen. Bei der Westfalenhütte in Dortmund wird strikt nur noch 40-Stundenwoche gearbeitet. Vorstandsvorsitzender Schmithals kündigte indirekt bereits Kurzarbeit für Ende März an. Für viele Familien bedeutet das Sorge und Angst, ob das Geld überhaupt noch zum Notwendigen reicht.

Bei den Tarifverhandlungen im Oktober hatte es geheißen: „9% und dafür sichere Arbeitsplätze – was wollt ihr mehr?" Heute dagegen zeigt sich deutlich, daß die Parole „Lohnverzicht für mehr Stabilität" Betrug ist: 827 Kollegen der Stahlwerke Bochum werden fürs erste vier Wochen kurzarbeiten. Bei zwei Feinblechwerken der Westfalenhütte von Hoesch besteht schon seit November Einstellungsstop. Ausländischen Kollegen wird die Aufenthaltsgenehmigung nicht ververlängert

Einstellungsstopp, Kurzarbeit und Entlassungen bei Stahl heißt für die arbeitslosen Kollegen im Ruhrgebiet, daß sie so ziemlich die letzte Aussicht auf Arbeit verlieren. Denn welcher größere Betrieb im Revier ist nicht auf diese oder jene Weise mit den Hüttenwerken oder der Automobilindustrie verbunden. Die Frage des Kampfes gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit wird zwangsläufig für die Kollegen von immer größerer Bedeutung.

Wie aber diesen Kampf führen? Die Führer des reaktionären Gewerkschaftsapparates, aber auch die Revisionisten der D„K"P fordern immer wieder, in verschiedenen Parolen, daß sowohl die Kapitalisten



als auch die Arbeiter „mit Vernunft" vorgehen sollten – wie Gewerkschaftsführer Klunker das sagte: „die Gesamtverantwortung niemals aus dem Auge verlieren." Daß diese Politik der Klassenzusammenarbeit sich gegen die Arbeiterklasse richtet, zeigt ein Beispiel von Hoesch:

Dort ist geplant, Maschinisten und Kranführer eines Werkes einer anderen Abteilung anzugliedern, um sie schärfer zu kontrollieren und ihnen in jeder freien Minute auch noch andere Arbeiten aufzubürden. Durch diese Rationalisierung, die auch Streichung einiger Arbeitsplätze bedeuten würde, will Hoesch 100 000 DM einsparen. **Auf der Teilbelegschaftsversammlung erklärten Kollegen, daß sie fest entschlossen seien, da nicht mitzumachen.** Sie wollten diese Maßnahme verhindern.

Der „linke" Betriebsrat, der sich wortradikal gegen die Rationalisierung ausgesprochen hatte, sagte schließlich: er würde der Rationalisierung nur zustimmen, „wenn man ihm nachweist, daß wirklich 100 000 DM eingespart werden."

Als Beweis für seine „Kampfentschlossenheit" schlug er dann eine Protestresolution vor, in der es hieß, die Kollegen seien gegen die Rationalisierungsmaßnahme, da sie den „Betriebsfrieden stört". Eine kommunistische Kollegin entlarvte das und betonte, daß die Kollegen gegen die Rationalisierung sind, weil sie die Ausbeutung und Unterdrükkung verschärft. Trotzdem stimmten die meisten Kollegen der Reso-

Fortsetzung auf Seite 3

Grussadresse

zum erfolgreichen Abschluss der Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses

Genosse Mao Tsetung
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

Genosse Tschu Teh
Vorsitzender des ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses

Genosse Tschou En-Lai
Ministerpräsident des Staatsrates

Zum erfolgreichen Abschluß der Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses sendet das Zentralkomitee der KPD/ML der Kommunistischen Partei Chinas, der Regierung der Volksrepublik China und dem gesamten chinesischen Volk herzliche Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße. Die Tagung des Nationalen Volkskongresses hat den Völkern der Welt erneut die Entschlossenheit des chinesischen Volkes gezeigt, unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zum vollständigen Sieg weiterzuführen. Die vom Nationalen Volkskongreß verabschiedeten Änderungen der Verfassung der Volksrepublik China sind dafür ein glänzender Ausdruck.

Mit kommunistischem Gruß

Ernst Aust
Zentralkomitee der KPD/ML

Roter-Antikriegstags-Prozeß in München

Solidarität mit den angeklagten Genossen

Am Samstag, den 25. 1. 75, vier Tage vor Beginn der Berufungsverhandlung gegen vier Teilnehmer des Roten Antikriegstages 1972, hatte die Partei in München zu einer Demonstration aufgerufen.

Je ein Jahr Gefängnis – das war die Strafe, zu der die Genossen Peter Baier, Hubert Lehmann, Klaus Stahl und Bernd Reiser in der ersten Verhandlung verurteilt worden waren, weil sie gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hatten. Aber die rund 200 Freunde und Genossen in München, darunter faschisten, die im Oktober bei einer Demonstration der GRF festgenommen worden waren und die Freilassung von Hanns Marzini, der seitdem in Haft gehalten wird. Rund 50 ROTE MORGEN verkauften die Genossen, während der Demonstrationszug durch Arbeiterviertel Münchens ging. Auf der Schlußkundge-



Rund 2oo Menschen demonstrierten in München anläßlich des bevorstehenden Prozesses gegen 4 Teilnehmer des Roten Antikriegstages 1972.

auch Genossen der CISNU, der FRAP und der ROTEN HILFE, demonstrierten nicht nur für ihren Freispruch. „Sofort einen deutschen Paß für Sascha!" und „Verhindert den Schreibtischmord an Sascha Haschemi!" wurde immer wieder gerufen. Gleichzeitig forderten die Demonstranten den Freispruch für die vier angeklagten Antibung sprachen neben einem Redner der Partei auch Vertreter der anderen teilnehmenden Organisationen und drückten ihre Solidarität mit den verfolgten Genossen aus.

Am gleichen Tag fand in München eine weitere Demonstration der Gruppe Rote Fahne statt, die

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT

Am 30. 1. 33: Das Finanzkapital hob Hitler an die Macht .... S. 2
Für den Profit von Mannesmann: Kalldorf droht über 20 % Arbeitslosigkeit .... S. 3
Arbeitsgerichtsprozeß/Bochum: Opels Prozeßtaktik durchkreuzt .... S. 3
Unfallgefahr auf den Kränen .... S. 3
Arbeitsgerichtsprozeß/Oberhausen: Freie Meinung: Für MRW-Bosse nicht zumutbar ..... S. 8
Hände weg von den von den türkischen Genossen! ...... S. 8
Zypern: Sturm auf US-Botschaft ...... S. 9
US-Imperialisten fordern Militärstützpunkt in Oman .... S. 9
Spanien: Prozeß gegen Revolutionäre S. 9

Wegen der Berichterstattung über die Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses der VR China kann die letzte Fortsetzung des Artikels „Krieg dem imperialistischen Krieg!" erst in der nächsten Nummer abgedruckt werden.

30. Januar 1933

Das Finanzkapital hob Hitler an die Macht

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Millionen wurden vom braunen Terror in den KZs und Gefängnissen ermordet, weil sie Kommunisten, Antifaschisten und Juden waren. Millionen unseres Volkes und der anderen Völker Europas verbluteten auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges, den der deutsche Imperialismus im Kampf um die Neuaufteilung der Welt angezettelt hatte. Die Verbrechen des Hitlerfaschismus sind bei den Werktätigen unseres Volkes unvergessen.

Gegenwärtig erleben wir, wie die westdeutschen Imperialisten erneut die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreiben, wie sie erneut die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur über unser Volk vorbereiten, um ihre Herrschaft durch die blutige Unterdrückung des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu verteidigen. Aber davon ist in den Kommentaren der bürgerlichen Presse, des Rundfunks und Fernsehens zum 42. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung natürlich keine Rede. Hier lassen die Kapitalisten vor allem die Lüge verbreiten, das Volk selbst habe den Faschismus gewollt, weil es Hitler ja schließlich gewählt habe.

Es ist eine Tatsache, daß 1932 rund 10 Millionen Deutsche die NSDAP gewählt haben. Aber unter welchen Bedingungen hat diese Wahl stattgefunden? Wer hat denn Millionen Kleinbürger in Stadt und Land in den Ruin getrieben und gleichzeitig die NSDAP hochgepäppelt, damit sie sich den Ruinierten als die Partei präsentieren konnte, die Arbeit und Brot versprach? Thyssen finanzierte beispielsweise den Kauf der Münchner Parteizentrale der NSDAP. Seit 1930 flossen allein von den Kohlekonzernen jährlich mindestens 6 Millionen Mark in die Kasse der NSDAP. Thyssen selbst berichtet: „Es ist allgemein bekannt, daß am 27. Januar 1932 Adolf Hitler eine zweieinhalbstündige Rede vor dem Industrieklub Düsseldorf hielt. Die Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen und als Ergebnis floß eine Zahl bedeutender Zuwendungen aus den Quellen der Schwerindustrie in die Kassen der NSDAP."

Diese Finanzierung ermöglichte es Hitler, SA und SS aufzustellen, seine soziale und nationale Demagogie mit Mitteln, die keiner anderen Partei zur Verfügung standen, zu verbreiten. **Sie war hauptsächlich ausgerichtet auf die Millionenmassen der ruinierten Bauernschaft und des ebenfalls ruinierten städtischen Kleinbürgertums, die nur geringe politische Erfahrung besaßen und hinter den demagogischen Versprechungen der NSDAP (nationale Revolution, Arbeit und Brot, Verstaatlichung der Monopole, Bodenreform, gesicherte Existenz für Kaufleute, Handwerker und Bauern usw.) nicht die wirklichen Ziele des Faschismus erkannten.** Aber bei den Wahlen im November 1932 begann die Massenbasis der NSDAP bereits abzubröckeln, sie verlor gegenüber den Wahlen im Juli 32 über zwei Millionen Stimmen. Es kann keine Rede davon sein, daß der Faschismus sich auf den Willen der Millionen NSDAP-Wähler stützen konnte. Der Faschismus wurde ausschließlich durch das deutsche Finanzkapital errichtet.

Genauso falsch wie die Behauptung, daß Wahlen unter der Diktatur der Bourgeoisie den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, ist die Behauptung, der Faschismus sei durch „Wahlen" an die Macht gekommen. Die Abschaffung des Parlamentarismus und die Errichtung der faschistischen Diktatur waren lange vor 33 durch die Notverordnungen vorbereitet worden. 1930 kamen auf 98 vom Reichstag beschlossene Gesetze 5 Notverordnungen auf Reichspräsidentenbeschluß, 1931 kamen bereits auf 34 Reichstags-Gesetze 44 Notverordnungen und 1932 standen 5 vom Reichstag beschlossenen Gesetzen 66 Notverordnungen gegenüber. Und auch der faschistische Terror wütete schon vor 33. Von 1930 bis Ende 1932 waren über 400 revolutionäre Arbeiter von den faschistischen Mordbanden ermordet worden.

Und auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde die Errichtung der faschistischen Diktatur gewaltsam durchgesetzt. Am 23. Februar 1933 wurde das Karl-Liebknecht-Haus von der Polizei besetzt, am 27. Februar inszenierten die Faschisten den Reichstagsbrand, über 10 000 Kommunisten und Antifaschisten wurden verhaftet. Am 3. März wurde der Vorsitzende der KPD Ernst Thälmann verhaftet. Trotz dieses Terrors stimmten am 5. März bei den Reichstagswahlen noch 4,8 Millionen für die KPD. Hitler mußte die 81 kommunistischen Abgeordneten aus dem Reichstag ausschließen, einige sozialdemokratische Abgeordnete verhaften lassen, um mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes der Errichtung der faschistischen Diktatur einen „parlamentarischen" Anstrich geben zu können. **Das sind die Tatsachen, die die Lüge von der „demokratischen" Machtergreifung des Faschismus widerlegen.**

Die Errichtung der faschistischen Diktatur durch das Finanzkapital erfolgte, als es der Bourgeoisie nicht mehr möglich war, unter Aufrechterhaltung der Fassade des Parlamentarismus zu herrschen. Um der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise Herr zu werden, schränkten die Kapitalisten die Produktion ein, senkten die Löhne und verschärften die Ausbeutung. Von 1928 bis 1932 stieg die Arbeitslosenquote von 9,7% auf 44,4%. In ganz Deutschland nahmen die Streikkämpfe der Arbeiterklasse einen ungeheuren Aufschwung. Und in diesen Kämpfen stieg der Einfluß der KPD. Immer größere Teile der Arbeiterklasse erkannten, daß das Gerede der revisionistischen SPD vom „krisenfreien Kapitalismus", vom „friedlichen" Weg zum Sozialismus nichts als Lüge und Täuschung war, um die Arbeiterklasse in die Sackgasse der Klassenzusammenarbeit zu führen. Die SPD, die wichtigste Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, verlor von Mai 1928 bis November 1932 fast 2 Millionen Wähler, während die KPD Ernst Thälmanns im gleichen Zeitraum über 2,7 Millionen neue Wähler gewann. Die KPD, die es unter Thälmanns Führung immer besser verstand, der Arbeiterklasse anknüpfend an die unmittelbaren Tagesinteressen die Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution, der Eroberung der politischen Macht zu erklären, war in vielen Städten zur stärksten Arbeiterpartei geworden. **In Deutschland reifte die revolutionäre Situation heran. Das deutsche Finanzkapital errichtete die faschistische Diktatur, um den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen, der deutschen Arbeiterklasse ihre revolutionären Führer, allen voran Ernst Thälmann zu rauben, um die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats, die KPD, zu zerschlagen.**

In den offiziellen Kommentaren aber, in den Geschichtsbüchern unserer Kinder, in der bürgerlichen Literatur wird durchweg behauptet, Schuld am Faschismus habe das „reaktionäre Volk". In diesem Zusammenhang sei auf das Kästner-Gedicht „Kennst Du das Land? " verwiesen, weil es offiziell zur „antifaschistischen Literatur" gerechnet wird, obwohl es in geradezu absurder Weise die These vom „reaktionären Volk als Urheber des Faschismus" vertritt.

Die Lüge von der „demokratischen" Machtergreifung Hitlers soll heute vor allem davon ablenken, daß gegenwärtig die tatsächliche faschistische Gefahr vom imperialistischen Staatsapparat selbst ausgeht. Tatsache aber ist, daß diese Lüge der Bourgeoisie auch von den Elementen in der revolutionären KPD nach dem zweiten Weltkrieg aufgegriffen wurde, die schon damals den Revisionismus in der KPD durchzusetzen versuchten. So heißt es in dem u. a. von Ulbricht und Winzer unterzeichneten Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945: „Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten. (...) Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten..." Diese Passagen sind nicht nur deshalb falsch, weil sie die Möglichkeit „freier Wahlen" unter den Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie behaupten, es ist vor allem die in ihnen zum Ausdruck

Fortsetzung auf Seite 8

D'K'P-Hetze zum Strauß-Besuch in China

Lügen zum Nutzen des Imperialismus

Mit dem Ziel, den berechtigten Haß der Kollegen gegen den offenen Reaktionär Strauß auf die Volksrepublik China und auf die Marxisten-Leninisten umzumünzen, behauptet die „UZ", die Zeitung der D„K"P-Revisionisten frech, die Marxisten-Leninisten würden mit den reaktionären Kräften der CSU gemeinsame Sache machen.

Wie jedoch ein Sprichwort sagt: „Lügen haben kurze Beine." Schon ein Blick in den „Bayernkurier" der CSU, ein Besuch der CSU-Photoausstellung „Angriff auf unsere Demokratie" zeigt, was für ein erbitterter Feind der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Revolution die CSU ist, wie wütend sie über die Marxisten-Leninisten herfällt, die für eben diese Ziele kämpfen. Das ist auch allgemein bekannt. Ebenfalls bekannt ist, daß die KPD/ML stets gegen Strauß und seine faschistische Propaganda aufgetreten ist, seine offenen Revancheforderungen bekämpft hat und auch militant gegen sein Auftreten auf Versammlungen vorgegangen ist.

Andersherum: Wenn auch in anderer Tonart als Strauß, so hetzen auch die D„K"P-Revisionisten gegen die Diktatur des Proletariats und gegen die gewaltsame proletarische Revolution und setzen dagegen ihre revisionistische Theorie von der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus. Und wo die Partei gegen faschistische Ideologen wie Strauß und Löwenthal militant vorgeht, sind es gerade die Revisionisten der D„K"P, die sagen: mit diesen „Chaoten" haben wir nichts zu tun – wie bei der Löwenthal-Veranstaltung in Darmstadt.

Die D„K"P-Revisionisten klagen uns der Zusammenarbeit mit Strauß' CSU an. „In der Frage der Ostverträge", sagen sie, „seid ihr euch einig, ihr seid dagegen." Wir sind Feinde dieser Verträge, dieses imperialistischen Schachers zwischen Bonn und Moskau, der auf Kosten der Völker Europas geht. Doch das eint uns keineswegs mit Strauß und seiner CDU/CSU. Der sowjetische Sozialimperialismus ist heute eine aggressive Supermacht, die mit dem US-Imperialismus, der anderen Supermacht, um die Vorherrschaft über die Kontinente rivalisiert, die nach Neuaufteilung der imperialistischen Herrschaftsbereiche fiebert, um ihre Macht auszudehnen. Die Länder des Warschauer Paktes haben die Neuen Zaren bereits unter ihre Diktatur gezwungen, wo nötig auch mit militärischer Gewalt. Doch damit nicht genug, wollen sie auch Westeuropa sich einverleiben. Während sie von Frieden reden, haben sie zwei Drittel ihrer Armee an den Grenzen Westeuropas aufmarschieren lassen, haben sie ein Wettrüsten mit dem US-Imperialismus entfaltet wie noch nie. Die Verträge mit Westdeutschland dienen ihnen dazu, engere Bindungen zu schaffen, Abhängigkeit zu schaffen, die Vorstufe zur Einverleibung ganz Deutschlands. Um dies zu erreichen, haben sie den westdeutschen Imperialisten Köder hingeworfen: Angliederung Westberlins an Westdeutschland, keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR usw. Und die westdeutschen Imperialisten bissen an. Da macht auch Strauß als Vertreter des westdeutschen Imperialismus keine Ausnahme. **Nicht nur einmal hat die CDU/CSU betont, daß sie grundsätzlich nichts gegen die Ostverträge hat. Was ihnen nur nicht paßte, war, daß der Köder nicht fett genug sei, den die Kremlherren ausgelegt haben.** Übrigens war CDU-Barzel ja selbst in Moskau und hat dort verhandelt.

Die KPD/ML aber bekämpft diese Verträge, weil sie die Spannungen in Europa, die Rivalität zwischen beiden Supermächten um die Vorherrschaft noch weiter verschärft haben, die Gefahr eines imperialistischen Krieges in Westeuropa damit nicht bannen, wie die Revisionisten behaupten, sondern fördern. Gerade nach Abschluß dieser Verträge hat die Zahl der Raketen und Soldaten der Militärblocks beider Supermächte nicht ab-, sondern zugenommen, sind die Flotten der Supermächte, die das Mittelmeer unsicher machen, nicht weniger, sondern mehr geworden.

Was aber tat die D„K"P? Sie propagierte und lobt auch heute noch diese imperialistischen Verträge als „Friedenswerk". Sie haben damals vor Abschluß der Verträge Illusionen unter den Kollegen verbreitet und aufgefordert, für diese Verträge und für die Brandtregierung sogar zu streiken. Sie haben versucht, die Kollegen vor den Karren der imperialistischen Schachereien zwischen Moskau und Bonn zu spannen. **Das zeigt, daß die D„K"P-Revisionisten zwar vor allem Agenten der westdeutschen Imperialisten sind, und mit Friedenslügen die westdeutsche Arbeiterklasse vom Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus abzubringen suchen. Es zeigt aber auch, daß sie nebenbei noch anderen Herren dienen: den sowjetischen Sozialimperialisten, deren Waffengerassel sie zur Friedensmusik erklären wollen.**

Strauß ist ein Reaktionär, ein Vertreter des westdeutschen Imperialismus – nicht anders als Schmidt, Genscher oder Brandt. Der Haß der Kollegen und auch unser Haß gilt besonders Leuten von seinem Schlage, weil sie offen gegen den Klassenkampf die faschistische Ideologie propagieren. Was aber machen die D„K"P-Revisionisten daraus? Sie sagen: Von Strauß und der CSU droht der Faschismus. Und noch heute sagen sie: Die SPD-Regierung ist das kleinere Übel. **Während sie aber viel Lärm um Strauß machen und versuchen, aller Augen auf ihn zu lenken, treibt die gegenwärtige Regierung Schritt für Schritt die Faschisierung voran – im Schutz der revisionistischen Demagogie. Genau das ist Wegbereitung für die Faschisierung.**

Es ist eben nicht diese oder jene bürgerliche Partei, die den Faschismus errichtet, sondern es ist das Finanzkapital, das mittels des Staatsapparates die Faschisierung vorantreibt. Nicht gegen diese oder jene bürgerliche Partei ist also im Kampf gegen die Faschisierung der Hauptschlag zu richten, sondern gegen den kapitalistischen Staatsapparat, das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. **Erst wenn dieses Machtinstrument der Bourgeoisie zerschlagen ist, wird die Gefahr des Faschismus gebannt, wird die Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt beseitigt sein.** Das lehrt der Marxismus-Leninismus.

Die modernen Revisionisten aber verteidigen den bürgerlichen Staatsapparat, als Gewaltinstrument des Kapitals zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Sie gehen sogar so weit zu behaupten, Urheber der staatlichen Terrorgesetze sei nicht das Finanzkapital, sondern seien die Marxisten-Leninisten, seien die klassenbewußten Proletarier, weil ihr revolutionärer Kampf gegen den Staatsapparat die Reaktion herausfordere. Das heißt nichts anderes, als an die Arbeiterklasse zu appellieren, ihren revolutionären Klassenkampf einzustellen, sich dem Gewaltinstrument der Kapitalisten, dem Staat zu beugen und sich dem Schicksal zu ergeben. Genau das beinhaltet in Wahrheit die Politik des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus", die Politik der Klassenversöhnung, der Zusammenarbeit mit dem Kapital.

Die KPD/ML kämpft an der Spitze des westdeutschen Proletariats getreu den Lehren des Marxismus-Leninismus für die proletarische Revolution, für die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Sie steht im Kampf für die Verjagung der Truppen der Supermächte aus beiden Teilen Deutschlands und im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus für ein vereines, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. **Mit den Feinden des Proletariats, den Vertretern des Imperialismus wie Strauß, kann es dabei keine Einheit geben. Einheit aber kann es auch niemals mit den D„K"P-Revisionisten geben. Diese Verräter, die in der Tat auf der gleichen Seite wie Strauß, auf der Seite des Imperialismus stehen, sind sogar noch gefährlicher als Strauß und seine CSU zusammen. Strauß tritt offen auf, stellt sich offen gegen den Kampf des Proletariats. Dafür wird er zurecht gehaßt. Die Revisionisten aber, die den ehrenvollen Namen „Kommunist" mißbrauchen, um ihr Werk zu verrichten, werden noch viel zu wenig gehaßt, ihre Lügen werden noch viel zu wenig aufgedeckt und durchschaut. Denn erst wenn ihre Lügen dem Proletariat offenbar sind, wenn die Illusionen, die die Revisionisten in der Arbeiterklasse verbreiten, zerschlagen sind, dann wird die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt sein, um den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zum Sieg zu führen.**

Kurz berichtet

Sofort einen deutschen Paß für Sascha!

Mit Beginn des Berufungsprozesses gegen 4 Teilnehmer des Roten Antikriegstages 1972 haben die Partei und die ROTE GARDE ihre Aktivitäten für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi verstärkt. In einer Reihe von Betriebszeitungen erschienen Artikel, die „Sofort einen deutschen Paß für Sascha!" forderten und erklärten, daß hier ein Schreibtischmord an einem deutschen Kommunisten geplant ist, den man an das persische Henkerregime abschieben will, nur weil sein Vater Perser ist. Nach dem neuen Gesetz über die Staatsangehörigkeit müßte auch Sascha, der 1953 in München geboren wurde, einen deutschen Paß bekommen. Aber während z. B. in Dortmund bereits über 20 Kinder mit ausländischen Vätern anstandslos die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt bekamen, wartet die Mutter von Sascha immer noch auf Antwort. Das zeigt, daß nach wie vor unsere Solidarität die einzige Waffe ist, die Sascha wirkungsvoll vor den Verfolgungsmaßnahmen der westdeutschen Bourgeoisie schützen kann. Für die Unterstützung des Genossen Sascha und der vier angeklagten Genossen im Münchner Antikriegstagsprozeß erreichten uns folgende Protestresolutionen:

Dortmund: In Dortmund wurde bei der Feier zum 6. Jahrestag der KPD/ML von rund 120 Teilnehmern einstimmig eine Resolution der ROTEN GARDE verabschiedet, die auffordert, sich keine Illusionen über das neue Staatsbürgerschaftsgesetz zu machen und die Solidaritätsfront mit Sascha zu verstärken.

Mainz: Die Mitglieder des ROTER-MORGEN LESERKREISES in Mainz bekräftigen in einer Resolution ihre Unterstützung mit den in München vor Gericht stehenden Genossen und sammelten gleichzeitig 34,50 DM für sie.

Kempten: Auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Kempten sandten rund 30 Anwesende, darunter 2 Mitglieder des „Vietnam-Ausschusses" den vier angeklagten Genossen und dem Rotgardisten Sascha ihre Kampfesgrüße.

Bremen

Korrespondenz. In der letzten Woche bekamen wir Post aus Australien von meinem Schwager und seiner Frau, die im Mai 74 nach Australien ausgewandert waren. Sie hatten gehofft, in Australien ein „besseres Leben" führen zu können, was sich inzwischen wohl als Irrtum herausgestellt haben dürfte. Bereits hier in Westdeutschland hatten sie den ROTEN MORGEN kennengelernt. Jetzt schrieben sie, daß sie Weihnachten in einem chinesischen Buchladen in Melbourne unseren ROTEN MORGEN wiederfanden! Es waren zwar nur ältere Ausgaben, aber meine Schwägerin schrieb, daß sie alle Ausgaben, die da waren gekauft hat. Meine Schwägerin und ihr Mann nahmen jetzt aktiv am gesellschaftlichen Leben in Australien teil und suchen jetzt Kontakt zu unserer Bruderpartei. Meine Frau und ich unterstützen die beiden, indem wir ihnen Literatur zusenden.

Berichtigung

Im Artikel „Chinas Außenpolitik im Interesse der Völker", RM Nr. 4/75, heißt es auf der Seite 2 „...angesichts der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Weltfriedens zwischen beiden Supermächten..." „Es muß natürlich heißen: „...angesichts der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges..."

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

In Kalldorf drohen 20% Arbeitslosigkeit

Am 9. 1. 75 erfuhren die 600 Arbeiter und Angestellten der „DEMAG-Kunststofftechnik" in Kalldorf, daß der Betrieb stillgelegt werden soll. Mit der Stillegung von „DEMAG-Kunststofftechnik", einem der größten Betriebe der Gemeinde Kalletal im Kreis Lippe, müßten auch 50-60 kleine, meist handwerkliche Zulieferbetriebe ihre Produktion einstellen. Die Arbeitslosenquote würde damit um 20 bis 30% steigen. Damit aber würden viele Kollegen zum zweiten Mal ihre Existenz verlieren. Nachdem sie vor einigen Jahren von ihren Höfen vertrieben wurden und ihre Arbeitskraft an die Mannesmann-Kapitalisten verkaufen mußten, wird es für viele nach der Stillegung von „DEMAG-Kunststofftechnik" keinen anderen Ausweg mehr geben als ihre Heimat, das Kalletal zu verlassen.

Die Arbeiter und Angestellten des Betriebes antworteten auf die Ankündigung der Stillegung mit einem Warnstreik. Die Empörung dieser Kollegen und der Werktätigen im Kalletal war so groß, daß nicht nur die IGM-Funktionäre, sondern auch der Bürgermeister sich gezwungen sahen, immer neue „Hilfsmaßnahmen" vorzuschlagen, um die Arbeitsplätze zu retten. Einer ihrer Vorschläge, die Übernahme des Betriebs durch die Belegschaft, wurde besonders von den modernen Revisionisten begierig aufgegriffen und in der „UZ", der Zeitung der D„K"P, breit propagiert. In Wirklichkeit ist dieser Vorschlag ein Teil der Tricks, mit denen den Kollegen von Kalldorf bereits seit 1969 Hoffnungen auf Arbeitsplätze gemacht werden, deren Vernichtung ebenfalls seit 1969 beschlossene Sache ist.

1969 hatten die Mannesmann-Kapitalisten den früheren Betrieb Albert Stübbe KG aufgekauft. Während der Bevölkerung versprochen wurde, mit Hilfe der DEMAG würden mehr als 1 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, hatten sie in Wirklichkeit die Pläne zur allmählichen Schließung des Betriebs schon fix und fertig. Denn die DEMAG-Kapitalisten interessierte dabei nur, mit dem Betrieb auch die Patente für die sogenannten „Stübbe-Maschinen" aufzukaufen und so ihre Monopolstellung auf diesem Gebiet zu sichern.

Gemäß diesem Plan wurde dann bis 1975 die Hälfte der Kollegen auf die Straße gesetzt. Wobei der „Kampf" des Betriebsrats darin bestand, die Massenentlassungen zu verheimlichen und immer dann, wenn sie akut waren, um die Höhe der Entlassungen zu feilschen. Jetzt im Januar dann versuchte er zunächst mit dem Vorschlag der Übernahme des Betriebs in den Kollegen die Illusion zu wecken, als sei es möglich, im Kalletal eine „sozialistische Insel" aufzubauen und Arbeitermacht im Betrieb zu verwirklichen. Wahrscheinlich weil er damit nicht auf übermäßige Begeisterung bei den Kollegen stieß, wurde dann der Weg eingeschlagen, den Arbeitern den kapitalistischen Staat als Helfer in der Not anzupreisen, der für die Sicherung der Arbeitsplätze sorgen würde. Betriebsrat Ackermann: „Das Land NRW und der Herr Ministerpräsident Kühn haben versprochen, uns zu helfen." Bürgermeister Kraft: „Die Landesregierung hat das versprochen, und sie wird das auch halten."

Wie die Landesregierung solche Versprechen hält, das haben zum Beispiel die Werktätigen in Mettelen erfahren, wo nach zig Versprechungen, wie von Anfang an geplant, der einzige größere Betrieb der Gemeinde stillgelegt wurde. Die Vertröstungen auf den kapitalistischen Staat haben keinen anderen Zweck, als einen wirkungsvollen Kampf der Arbeiter und der Werktätigen der Gemeinde gegen die Stillegungsmaßnahmen zu verhindern.

So warnte der gleiche Betriebsrat Ackermann denn auch die Kollegen: „Es würde uns jetzt nichts nützen, wenn wir einigen Kampfparolen folgen würden." Und als auf einer Versammlung ein Kollege den Streik der Mannesmannarbeiter in Duisburg, die ohne und gegen den IGM-Apparat und trotz der Drohungen des kapitalistischen Staates in den Streik getreten waren, als Beispiel propagierte, da war es ebenfalls Betriebsrat Ackermann, der vor solchen Plänen warnte und dann, da viele Kollegen diesen Vorschlag mit Beifall begrüßt hatten, schnell die Versammlung schloß.

Diese Tatsachen, die die D„K"P in ihrer UZ systematisch unterschlägt, beweisen, daß es für die Kollegen im Kalletal tatsächlich keinen anderen Weg gibt, ihre Arbeitsplätze zu retten, als den Kampf im Vertrauen auf die eigene Kraft, gegen die Mannesmann-Kapitalisten, gegen den IGM-Apparat und gegen den kapitalistischen Staat.

Arbeitsgerichtsprozeß Opel / Bochum

Opels Prozesstaktik durchkreuzt

„Aus politischen Gründen wird niemand entlassen. Wenn Sie nur aus politischen Gründen entlassen worden sind, dann werden Sie auf jeden Fall Recht bekommen." Zu diesen gewagten Versprechungen ließ sich der Bochumer Arbeitsrichter van der Leeden in der Arbeitsgerichtsverhandlung des ehemaligen Opel-Arbeiters Jochen Beyer gegen die Opel-Kapitalisten hinreißen.

Allein schon die Zusammensetzung des Arbeitsgerichts strafte diese „demokratische" Pose Lügen. Wie der beisitzende Kapitalist über Kommunisten im Betrieb denkt, darüber erübrigen sich sowieso alle Spekulationen. Der Beisitzer aus den Reihen des DGB ist ebenfalls den Bochumer Arbeitern als Kommunistenjäger bekannt. So trug Peter Becker von der Ortsverwaltung der IGM in Bochum mit dazu bei, daß der Genosse Jochen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und so seiner Entlassung der Weg gebahnt wurde. Persönlich bekannt als erbitterter Feind klassenkämpferischer Arbeiter ist aber auch van der Leeden selbst. So beschimpfte er unter anderem den Opel-Arbeiter Walter K., der wegen seiner Teilnahme am Streik im Sommer 73 entlassen worden war, als „Kriminellen" und lehnte seine Klage ab.

Und auch das Vorgehen des Arbeitsgerichts gegen Genossen Beyer wurde zum Beweis dafür, daß diese Gerichte absolut keine Organe zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiter, sondern Organe zur Durchsetzung der Interessen der Kapitalisten sind.

Zum Prozeß waren rund 40 Zuschauer gekommen, mehrere Kollegen von Opel, einige Mädchen aus einer Schulklasse, viele Genossen und natürlich auch einige Spitzel



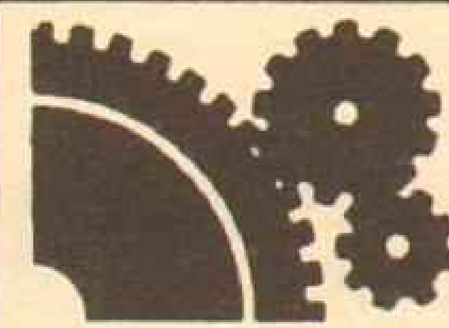
aus dem Betrieb. Als die Verhandlung begann, war der Kronzeuge von Opel, ein Meister aus Jochens Abteilung, bereits im Saal. Nach dem Plan des Gerichts sollte seine Aussage schnell bekräftigen, daß Jochen während der Vertrauensleutewahl bei Opel unerlaubterweise mit Kollegen in einer anderen Abteilung diskutiert hatte, um so den Prozeß beenden zu können, bevor die Partei ihren Kampf überhaupt aufgenommen hatte.

Aber diesen Plan vereitelte Genosse Jochen. Er setzte durch, daß der Zeuge den Saal verlassen mußte und er in einer Erklärung die politischen Hintergründe seiner Entlassung darlegen konnte. Als er auf die Störungsversuche des Richters hin die Rolle der Arbeitsgerichte angriff und die scheinliberale Haltung des Richters entlarvte, indem er vor den Zuschauern vorlas, wie dieser Richter über den klassenkämpferischen Kollegen Walter K. geurteilt hatte, verließ das Gericht abrupt den Saal und drohte mit der Polizei. Der Richter wagte dann zwar nicht, den Saal räumen zu lassen, befahl aber einigen Polizisten, sich in den Zuschauerraum zu setzen.

Auf diese Provokation antwortete Genosse Jochen, als die Verhandlung fortgesetzt wurde, mit Anträgen auf Entfernung der Polizei, auf Befangenheit des Beisitzers von der IGM und des vorsitzenden Richters. So in die Enge getrieben, sah sich der Richter genötigt, den Prozeß zu vertagen, da er die Vorsitzenden, bei denen er sich Rat holen wollte, nicht finden konnte.

Über diesen Verlauf des Prozesses waren einige der Schülerinnen so begeistert, daß sie erklärten, sie würden bei der nächsten Verhandlung auf jeden Fall wiederkommen. Kollegen von Opel meinten, so etwas hätten sie nicht für möglich gehalten.

Der Erfolg, den die Partei in Bochum mit diesem ersten Verhandlungstag errungen hat, dokumentierte sich auch auf der Veranstaltung am selben Abend, zu der rund 30 Freunde und Genossen gekommen waren. An verschiedenen Berichten über politische Prozesse wurde hier noch einmal herausgestellt, daß man auch vor Gericht Erfolge erringen kann, wenn man den Gerichtssaal als Tribüne des Klassenkampfes benutzt. Durch den bisherigen Kampf konnten drei neue Genossen gewonnen werden, die mit der Partei zusammenarbeiten wollen.



Arbeiterkorrespondenzen



Unfallgefahr auf den Kränen

Aus STÄHLERNE FAUST, Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe:

„Ungenügende Aufmerksamkeit und Besonnenheit der Belegschaftsmitglieder" – Im Unfallbericht auf der letzten Teilbelegschaftsversammlung der Maschinisten von F1 (Phoenix) bezeichneten die Kapitalisten das als die Ursache der steigenden Unfallzahlen. Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil: Wenn z. B. die Kranführer die Sicherheitsvorschriften tatsächlich einhalten wollen, dann heißt es womöglich: Arbeitsverweigerung, dann wird gehetzt, die Tonnen müssen kommen. Und wenn dann wie so oft etwas passiert, dann ist der Kranführer oder der Kollege am Boden schuld. Im Unfallbericht wurde sogar einem Kollegen, der tödlich verunglückt ist, die Schuld daran gegeben, – „er hätte sich ja schließlich anbinden können"!

Da war es dann genau die richtige Antwort, auf diesen Unfallbericht, daß die Kollegin Hella S. auf der Belegschaftsversammlung die wirkliche Ursache der ständigen Unfallgefahr anprangerte: Das Profitstreben der Kapitalisten. Sie nannte Beispiele aus ihrem Bereich: Auf Kran 14M hält der Hub nicht, bei Kran 162F läuft seit August Öl von der Trommel auf die Bleche, trotz mehrfacher Meldung war das monatelang so geblieben! Auf einem anderen Kran wackelt der Stuhl. Vor allem aber besteht durch die geplante Umstellung mehrerer Kräne auf Flur- und Funksteuerung, mit der die Kapitalisten Arbeitskräfte einsparen wollen, erhöhte Unfallgefahr.

Dieser Beitrag war den Kollegen aus der Seele gesprochen. Deshalb sah sich auch der Betriebsleiter Balck gezwungen, sich am nächsten Tag scheinheilig bei Hella S. nach den Mängeln zu erkundigen. Natürlich nur um dann bei jedem einzelnen Punkt zu behaupten, der Mangel würde gar nicht existieren, oder, er wisse nichts davon, oder das müßte eben so sein. Hier nur ein Beispiel: Zu dem nachlaufenden Hub des Kran 14M meinte er, das müsse so sein. Wenn man die Bremsbelege enger stellen würde, würden sie zu schnell abnutzen. Nur Kräne bei den teuren Maschinen – z. B. in der Weiterverarbeitung – müßten sofort halten. (Da ist dann auch eine elektrische Bremse eingebaut). Auf deutsch: **Wo „nur" Kollegen und nicht die teuren Maschinen gefährdet sind, da sind sogar Bremsbelege den Kapitalisten zu teuer** – geschweige denn eine elektrische Bremse. Das ist die „Unfallverhütung" hier im Kapitalismus! Ein paar schwarz-gelbe Streifen hier, ein Schild dort – Maßnahmen, die nichts kosten. Erst bei schweren und tödlichen Unfällen wird manchmal etwas getan – und dann nur aufgrund der Empörung der Kollegen. Obwohl heute die technischen Möglichkeiten dazu da sind, die Unfallzahlen fast auf Null herunterzuschrauben (das beweist das sozialistische Albanien, wo es z. B. den letzten tödlichen Unfall in einem Bergwerk vor 8 Jahren gegeben hat, wo es in den Betrieben kaum schwere Unfälle gibt, wo in jedem 1 000-Mann-Betrieb mindestens 2 Ärzte zur Verfügung stehen usw.), werden die Unfallzahlen hier im Kapitalismus immer nur steigen. Der Grund ist das Profitstreben der Kapitalisten, die aus jedem Arbeiter möglichst viel herausschinden müssen, weil sie im Konkurrenzkampf mit den anderen Monopolen stehen.

Gerade die Kranführer erleben täglich, wie an Sicherheitsmaßnahmen „gespart" wird und so -zig Kollegen auf dem Boden gefährdet werden. Weil Hoesch die Empörung der Kranführer fürchtet, versuchte Herr Balck auch sofort, Hella S. zu drohen, um damit auch die anderen Kollegen einzuschüchtern. Er sagte, sie hätte keine Ahnung und müßte nochmal auf die Kranführerschule.

In den letzten Tagen machte Hella S. unverschuldet einen leichten Unfall, wie er bei der Arbeitshetze jedem Kranführer passieren kann. Sofort interessierten sich alle möglichen Herren dafür, denen sonst die Sicherheit der Kollegen sicherlich nicht am Herzen liegt, und meinten wiederum, Hella könne wohl nicht fahren. Jeder Kollege weiß aber, daß Hella S. nicht schlechter als andere Kollegen fährt und sehr vorsichtig. Wenn die Herren wiederum damit drohten, Hella müsse noch einmal die Kranführerprüfung machen (normalerweise hätte sie erst 1976 wieder Nachprüfung), dann nur um sie bei der Prüfung durchfallen zu lassen und so auf die „elegante" Tour zu entlassen. Hella wird mit Entlassung bedroht, nicht weil sie eine schlechte Kranführerin ist, sondern weil sie Kommunistin ist und sich für die Interessen ihrer Kollegen, insbesondere auch gerade gegen die Unfallgefahr eingesetzt hat.

Verhindert die Entlassung von Hella S.!

Fortsetzung von Seite 1

lution zu, in der Meinung, daß sie sich immerhin gegen die Rationalisierung wende.

Als er damit nicht landen konnte, schlug ausgerechnet er eine Protestresolution vor, in der es hieß, die Kollegen seien gegen die Rationalisierungsmaßnahme, da sie den „Betriebsfrieden stört". Eine kommunistische Kollegin entlarvte das und betonte, daß die Kollegen gegen die Rationalisierung sind, weil sie die Ausbeutung und Unterdrückung verschärft. Trotzdem stimmten die meisten Kollegen der Resolution zu, in der Meinung, daß sie sich immerhin gegen die Rationalisierung wende.

Das zeigt die Gefährlichkeit von Leuten wie Langenbach, die sich durch „linkes" Auftreten Einfluß zu verschaffen suchen, sich an die Spitze der Bewegung setzen, um sie ins Fahrwasser der Klassenversöhnung zu lenken. Für die Kollegen kann es keinen „Betriebsfrieden" geben. „Betriebsfrieden" – das heißt für die Kapitalisten, daß der Arbeiter still hält, daß er sich ruhig ausbeuten läßt. Und genau das ist die Politik der Langenbachs, des reaktionären DGB-Apparates und der D„K"P-Revisionisten: Mit Illusionen und Demagogie von der „friedlichen Klassenzusammenarbeit" die Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter zu ketten.

Daß die Rationalisierungsmaßnahme, die Streichung von Arbeitsplätzen in dieser Abteilung von Hoesch verhindert werden konnte, ist einzig ein Erfolg des entschlossenen Auftretens der Kollegen. Doch dieser Erfolg wird nur von Dauer sein und größere Erfolge werden die Stahlwerker bei Hoesch wie alle Kollegen im Kampf gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit nur erreichen können, wenn sie gegenüber den Langenbachs, dem reaktionären DGB-Apparat und gegenüber den D„K"P-Revisionisten wachsam sind, ihre Politik der Klassenversöhnung und Zusammenarbeit mit dem Kapital entlarven und bekämpfen und unversöhnlich, revolutionär den Klassenkampf führen.

Erfolgreicher Abschluss der 1. Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China

„Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und das Bündnis von Arbeitern und Bauern zur Grundlage hat." Das ist der Artikel 1 der neuen Verfassung der Volksrepublik China. Am 17. Januar verabschiedete der 4. Nationale Volkskongreß der Volksrepublik China einstimmig den vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas vorgelegten Entwurf zur Änderung der Verfassung. Chinas neue Verfassung ist ein großer Sieg des chinesischen Volkes, ein Ergebnis der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Massenbewegung gegen Konfuzius und Lin Biao. Sie faßt die allgemeinen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammen und wendet sie auf die konkreten Bedingungen Chinas an. Sie ist ein Schlag gegen alle Feinde der Diktatur des Proletariats, insbesondere auch gegen die sowjetrevisionistischen Renegaten und die von ihnen propagierte „Theorie" vom „Staat des ganzen Volkes". Die Verfassung der Volksrepublik China geht gemäß der vom Vorsitzenden Mao Tsetung für die gesamte historische Periode des Sozialismus formulierten Linie davon aus, daß auch in der sozialistischen Gesellschaft Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf existieren, daß auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats der Klassenkampf weitergeführt werden muß, um die Restauration des Kapitalismus zu verhindern. Wie aus dem Bericht des Genossen Tschou En-Lai über die Tätigkeit der Regierung und aus dem Bericht des Genossen Dschang Tschun-tjiao über die Änderung der Verfassung hervorgeht, stand die Frage der weiteren Stärkung und Festigung der Diktatur des Proletariats im Mittelpunkt der Baratungen des Nationalen Volkskongresses. Die Rede des Genossen Tschou En-lai wurde von uns aus dem Französischen, die Rede des Genossen Dschang Tschun-tjiao und die Präambel der neuen Verfassung wurden aus dem Englischen übersetzt.

Genosse Tschou En-Lai

Bericht über die Tätigkeit der Regierung der VR China

Abgeordnete,

auf Beschluß des Zentralkomitees der chinesischen kommunistischen Partei werde ich im Namen des Staatsrats dem 4. Nationalen Volkskongress einen Bericht über die Tätigkeit der Regierung geben.

Das herausragende Ereignis im politischen Leben unserer Volksmassen aller Nationalitäten seit dem 3. Nationalen Volkskongress war die Große Proletarische Kulturrevolution, die Vorsitzender Mao, unser großer Führer, persönlich eingeleitet und geführt hat. Diese große Revolution war ihrem Wesen nach eine politische Revolution, die das Proletariat gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen geführt hat. Sie hat die zwei bürgerlichen Hauptquartiere mit Liu Schao tschi und Lin Biao an der Spitze und deren Komplotte zur Restauration des Kapitalismus zerschlagen. Die Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die sich heute in allen Gebieten des Landes entwickelt, bedeutet die Fortsetzung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Ihr Sieg hat die Diktatur des Proletariats in China konsolidiert, den Aufbau des Sozialismus vorangetrieben und die Garantie erbracht, daß unser Land stets an der Seite der unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt stehen wird. Diese große Revolution hat eine neue Erfahrung gebracht über die Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, sie ist von großer historischer Bedeutung und ihr Einfluß ist tiefgehend und andauernd.

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution und in der Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius haben die Volksmassen aller Nationalitäten eine breite Massenbewegung für das Studium des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen entwickelt und ihr Bewußtsein über den Klassenkampf und den Kampf zweier Linien erhöht. – Was Kampf-Kritik-Umgestaltung im Bereich des Überbaus angeht, so sind dort große Erfolge zu verzeichnen. Das Revolutionskomitee, die Verkörperung der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren, hat erlaubt, die Verbindung zu den Massen zu festigen – Sehr viele Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats haben an Reife gewonnen – Die proletarische Revolution in Literatur und Kunst, die ihren höchsten Ausdruck in einigen beispielhaften revolutionären Stücken gefunden hat, entwickelt sich in die Tiefe – Die Revolution auf dem Gebiet der Erziehung und des Gesundheitswesen zeigt eine große Vitalität – Die Masse der Kader und der Arbeiter, Bauern, Soldaten, Schüler und Werktätigen im Handel gehen beharrlich den Weg des „7. Mai" – Die „barfüßigen Ärzte", deren Zahl inzwischen eine Million erreicht hat, werden immer fähiger – Fast 10 Millionen Jugendliche mit Bildung sind in die ländlichen Gebiete gegangen – Das Kontingent der theoretisch geschulten Marxisten unter den Arbeitern, Bauern und Soldaten vergrößert sich. Die Schaffung dieser neuen Tatsachen hat die umfassende Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie im Bereich des Überbaus gestärkt, was sich gleichzeitig äußerst günstig auf die Konsolidierung und Entwicklung der ökonomischen Infrastruktur des Sozialismus ausgewirkt hat.

Wir haben den dritten 5-Jahres-Plan übererfüllt und der vierte 5-Jahres Plan wird 1975 ebenfalls erfüllt werden. Unsere Landwirtschaft kann 13 aufeinanderfolgende Jahre mit guter Ernte verzeichnen und das Wachstum der gesamten landwirtschaftlichen Produktion liegt – nach Schätzungen – 51% über dem von 1964. Das zeigt in aller Deutlichkeit die Überlegenheit des Systems der Volkskommunen. Seit der Befreiung hat sich unsere Bevölkerung um 60% vermehrt, gleichzeitig ist aber die Getreideproduktion um 140% gestiegen und die Baumwollproduktion um 470%. Das heißt, daß unser Land mit seinen 800 Millionen Einwohnern den grundlegenden Bedarf der Bevölkerung an Nahrung und Kleidung aus eigener Kraft befriedigen kann. Das Wachstum der gesamten industriellen Produktion wird von 1964 bis 1975 auf 190% geschätzt. Die Produktion der wichtigsten Produkte ist in großem Maßstab gewachsen: Erz – 120%, Kohle – 91%, Erdöl – 65%, elektrische Energie – 200%, Kunstdünger – 33%, Traktoren – 520%, Baumwollgarn – 85%, Chemiefasern – 330%. Im Verlauf der vergangenen 10 Jahre haben wir, gestützt auf unsere eigene Kraft, 1 100 große und mittlere Projekte realisiert, sind wir erfolgreich vorangeschritten bei der Entwicklung der Wasserstoffbombe und beim Start von Erdsatelliten. Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Zerrüttung und zur Inflation in der kapitalistischen Welt sind in unserem Haushalt Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen – wir haben weder Schulden im Ausland noch im Inland – die Preise sind stabil, das Leben der Bevölkerung verbessert sich ständig, der allgemeine Aufschwung beim Aufbau des Sozialismus zeigt seine glänzende Entwicklung. Die Reaktionäre im Inland wie im Ausland haben behauptet, die Große Proletarische Kulturrevolution würde unausweichlich die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft untergraben – die Tatsachen haben ihnen darauf eine eindeutige Antwort gegeben.

Wir haben zusammen mit den anderen Völkern der Welt wichtige Siege errungen im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und besonders gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte. Wir sind mit der Einkreisung und der Blockade genauso wie mit den aggressiven und subversiven Aktivitäten des Imperialismus und Sozialimperialismus fertig geworden und haben unsere Einheit mit den Völkern und Ländern vor allem der dritten Welt gestärkt. Unser Land hat seinen Sitz in der UNO wiedererlangt, der ihm lange Jahre illegalerweise geraubt worden war. Die Zahl der Länder, die diplomatische Beziehungen mit China pflegen, erreicht 100, während die Zahl der Länder und Gebiete, mit denen wir Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unterhalten sowie kulturellen Austausch pflegen, 150 überschritten hat. Unser Kampf hat breite Sympathie und Unterstützung bei den Völkern und verschiedenen Ländern gefunden. Wir haben Freunde auf der ganzen Welt.

Als Ergebnis der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben sich die Volksmassen aller Nationalitäten noch enger zusammengeschlossen, hat unsere Armee ihre Kampfkraft verstärkt, ist unser Vaterland noch stärker geworden. Alle unsere Erfolge sind deshalb große Siege des Marxismus, des Leninismus, der Mao Tsetung-Ideen, sind große Siege der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

Abgeordnete,

der 10. Kongress unserer Partei hat einmal mehr die grundlegenden politischen Prinzipien, die Vorsitzender Mao für die ganze historische Periode des Sozialismus ausgearbeitet hat, hervorgehoben und er hat noch einmal sehr klar die Richtung gewiesen, daß man die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortsetzen muß. Unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze müssen die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten



Der 4. Nationale Volkskongreß der VR China hält im Palast des Volkskongresses in Peking seine erste feierliche Sitzung ab.

sich noch enger zusammenschließen, an der Linie und den grundlegenden politischen Prinzipien der Partei festhalten, sich anstrengen, die verschiedenen Kampfaufgaben, die der 10. Parteitag gestellt hat, zu erfüllen und die siegreichen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution konsolidieren und weiterentwickeln, um neue Siege in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau zu erringen.

Unsere erstrangige Aufgabe ist es, weiterhin die Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius zu polularisieren, zu vertiefen und weiterzuführen. Der Kampf zwischen den zwei Klassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen den zwei Wegen, dem sozialistischen Weg und dem kapitalistischen Weg, zwischen den zwei Linien, der marxistischen Linie und der revisionistischen Linie wird lang andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden. Wir dürfen auf gar keinen Fall in unseren Anstrengungen nachlassen, auch wenn die Kritik an Lin Biao und Konfuzius beachtliche Erfolge gebracht hat. Wir müssen weiterhin die Kritik an der revisionistischen Linie von Lin Biao und die Kritik an den Doktrinen von Konfuzius und Menzius vertiefen und geleitet von dem Prinzip, **daß das Alte dem Neuen dienen muß**, die Bilanz aus den historischen Erfahrungen aus dem Kampf zwischen der konfuzianischen Schule und der legalistischen Schule und aus dem Kampf der Klassen insgesamt ziehen. In diesem Kampf müssen wir ein großes Kontingent theoretisch geschulter Marxisten herausbilden und die Herrschaft des Marxismus auf allen Gebieten des Überbaus sichern. Das entscheidende Kettenglied bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist das beharrliche Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und des Vorsitzenden Mao, wodurch die Kader und die Massen sich mit den fundamentalen Theorien des Marxismus wappnen sollen. Durch die Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius müssen wir der Revolution in Literatur und Kunst, in der Erziehung und im Gesundheitswesen einen neuen Impuls geben, die Bewegung Kampf-Kritik-Umgestaltung an den verschiedenen Fronten vorantreiben, die neuen Realitäten unterstützen und immer besser an der sozialistischen Orientierung festhalten.

Unter der Führung der Partei müssen wir den Aufbau der Revolutionskomitees auf den verschiedenen Ebenen verstärken. Die führenden Gremien der verschiedenen Ebenen müssen sich die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao noch bewußter aneignen und ihre Verbindung mit den Massen stärken. Man muß der Herausbildung von Kadern aus der Jugend, aus den Frauen und den nationalen Minoritäten Beachtung schenken, man muß vor allem unter den Arbeitern und unter den armen und mittleren Bauern herausragende Elemente auswählen und ihnen Führungsaufgaben übertragen. Wir brauchen weniger Beschäftigte aber bessere, wir brauchen eine vereinfachte Verwaltung, bei der die Zahl der Ebenen herabgemindert wird. Die neuen und die alten Kader müssen voneinander lernen, ihre Einheit verstärken, bereit sein, auf höherem und auf niedrigerem Posten zu arbeiten, an der kollektiven Teilnahme in der Produktion festhalten und dem Volk mit ganzem Herzen dienen.

Wir müssen zwischen den beiden ihrem Wesen nach verschiedenen Widersprüchen unterscheiden und sie richtig lösen, wir müssen gewissenhaft die verschiedenen politischen Maßnahmen der Partei ausführen und in den Grundeinheiten die Aufgabe der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats erfüllen. Man muß sich auf die Massen stützen und die Handvoll Klassenfeinde mit Sicherheit, Präzision und Geschlossenheit schlagen. Dabei liegt die Betonung auf der Präzision. Wir müssen der richtigen Lösung der Widersprüche im Volk Beachtung schenken und das Prinzip beachten: **Einheit – Kritik und Selbstkritik – Einheit** und demokratische Methoden anwenden, damit wir den Enthusiasmus der breiten Massen für den Sozialismus voll zur Geltung bringen können.

Die Einheit unseres Landes, die Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten ist die grundlegende Garantie für den sicheren Sieg unserer Sache. Wir müssen die große Einheit der Volksmassen verschiedener Nationalitäten stärken. Wir müssen uns mit ganzem Herzen auf die Arbeiterklasse stützen und auf die armen und mittleren Bauern, wir müssen die anderen werktätigen Massen und Intellektuellen um uns zusammenschließen und die einige, revolutionäre Front unter der Führung der Arbeiterklasse, die ihre Grundlage im Bündnis der Arbeiter und Bauern hat, noch besser entwickeln. Diese Front umfaßt die demokratischen und patriotischen Parteien und Gruppen, patriotische Persönlichkeiten, chinesische Übersee-Patrioten und unsere Landsleute aus Hongkong und Macao. Wir müssen mehr als 95% der Kader und Massen zusammenschließen, wir müssen alle Kräfte zusammenschließen, die dazu bereit sind, um den gemeinsamen Kampf für den Aufbau unseres großen sozialistischen Vaterlandes zu führen.

Die sozialistische Revolution ist der mächtige Motor, der die Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaft vorantreibt. Wir müssen an dem Prinzip festhalten:

Die Revolution anpacken, die Produktion fördern, die Arbeit verbessern, Vorbereitungen für den Krieg treffen und unter dem Kommando der Revolution arbeiten, um die Produktion zu steigern und den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen, damit unsere sozialistische Ordnung auf einer noch kraftvolleren materiellen Basis ruht.

Gemäß einer Weisung des Vorsitzenden Mao muß im Bericht der gegenwärtigen Regierung darauf hingewiesen werden, daß seit dem dritten Nationalen Volkskongreß und seit Beginn des dritten 5-Jahres-Plans die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft in zwei Phasen vor sich geht: die erste umfaßt 15 Jahre und soll noch vor 1980 ein relativ vollständiges und unabhängiges Industrie- und Wirtschaftssystem schaffen. Die zweite soll noch vor dem Ende des Jahrhunderts die Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie und der nationalen Verteidigung genauso wie die Modernisierung von Wissenschaft und Technik verwirklichen, so daß unsere nationale Wirtschaft zu den ersten der Welt gehören wird.

In diesem Jahr werden wir den vierten 5-Jahres-Plan erfüllen und sogar übererfüllen – so werden wir über eine solide Basis verfügen, die uns die Erfüllung der ersten Phase vor 1980 erlaubt. Wenn man die internationale Lage berücksichtigt, werden die kommenden 10 Jahre darüber entscheiden, ob wir die für die zweite Phase geplanten Vorhaben erfüllen können. Wir müssen im Verlauf dieser 10 Jahre nicht nur ein industrielles und wirtschaftliches System schaffen, das unabhängig und relativ vollständig ist, sondern wir müssen auch Fortschritte machen bei der Verwirklichung der großartigen Ziele, die wir uns für die zweite Phase gesteckt haben. Zur Erreichung dieses Ziels hat der Staatsrat ein langfristiges Programm von 10 Jahren ausgearbeitet mit 5-Jahresplänen und Jahresplänen. Die Ministerien und die Kommissionen, die dem Staatsrat unterstehen, die örtlichen Revolutionskomitees auf allen Ebenen und auch die Industriebetriebe und Minen, die Produktionseinheiten und andere Grundeinheiten müssen die Massen mobilisieren und im Laufe einer breiten Diskussion ihre eigenen Pläne ausarbeiten, damit unser großartiger Plan vorzeitig erfüllt werden kann.

Um einen noch größeren Aufschwung in unserer sozialistischen Wirtschaft zu erreichen, müssen wir beharrlich die Generallinie befolgen, die besagt:

Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen.

Wir müssen das Prinzip beherzigen: **Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden Faktor betrachten** und eine ganze Reihe von Richtlinien fürs „Auf-beiden-Beinen-Gehen" befolgen. Wir müssen den nationalwirtschaftlichen Plan nach folgenden Schwerpunkten angehen: Landwirtschatt, Leichtindustrie, Schwerindustrie. Wir müssen die Initiative, die zentrale Autorität und die örtliche Autorität im Rahmen der einheitlichen Planung durch den Staat voll ausschöpfen. Wir müssen noch besser die **Betriebsordnung der Eisenhütte in Anshan** verstehen und die Bewegung der Massen weiterentwickeln und vertiefen:

Die Industrie soll vom Ölfeld Taching lernen, die Landwirtschaft von Dadschai.

Während sie der wirtschaftlichen Arbeit ihre Aufmerksamkeit widmen, müssen unsere leitenden Genossen auf den verschiedenen Ebenen der sozialistischen Revolution im Bereich des Überbaus besondere Beachtung schenken und ihre große Bedeutung für den Klassenkampf und den Kampf zweier Linien erkennen. Denn man kann keine Fortschritte bei der Produktion machen, ohne die Revolution gut anzupacken. Man muß die Kritik am Revisionismus, an den kapitalistischen Tendenzen und den falschen Ideen und Praktiken wie der Unterwürfigkeit gegenüber dem Ausländischen, Kriechertum, Verschwendung und Vergeudung vertiefen. Vorsitzender Mao hat betont:

„Vor allem auf die eigene Kraft vertrauen, ausländische Hilfe nur zusätzlich annehmen, reinen Tisch machen mit altem Aberglauben, in Unabhängigkeit die landwirtschaftliche Produktion, die technische Revolution und die kulturelle Revolution anpacken, Schluß machen mit Unterwürfigkeit und Dogmatismus, ernsthaft die guten Erfahrungen aus dem Ausland studieren und nicht versäumen, auch aus den schlechten Erfahrungen Lehren zu ziehen, das ist unsere Linie."

Dieser Linie ist es zu verdanken, daß wir der imperialistischen Blockade ein Ende gemacht haben, daß wir dem Druck der Sozialimperialisten standgehalten haben und unsere Wirtschaft eine ständige und kraftvolle Entwicklung genommen hat, den Unwettern der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt zum Trotz. Diese Linie werden wir immer verfolgen.

Abgeordnete,

gegenwärtig ist die internationale Lage ständig von großen Umwälzungen gekennzeichnet. Umwälzungen, die sich übrigens täglich schärfer herausbilden. Die kapitalistische Welt findet sich konfrontiert mit der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und die grundlegenden Widersprüche in der Welt verschärfen sich weiter. Einerseits verstärkt sich überall das Streben der Völker nach Revolution – Länder wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution. Das ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden. Auf der anderen Seite streiten sich die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, mit wachsender Erbitterung um die Hegemonie in der Welt. Sie tragen ihre Rivalität in alle Winkel der Erde und der Brennpunkt ihrer Rivalität ist Europa. Der sowjetische Sozialimperialismus führt ein Scheingefecht im Osten, während er im Westen angreift. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, diese beiden Supermächte, sind in unserer Epoche die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker und gleichzeitig die Quelle eines neuen Weltkrieges. Ihr erbitterter Streit wird eines Tages in einem Weltkrieg enden und die Völker der Welt müssen dafür Vorbereitungen treffen. Man spricht überall auf unserem Planeten von Entspannung und Frieden. Das beweist aber gerade, daß es keine Entspannung auf der Welt gibt und daß noch weniger die Rede von einem dauerhaften Frieden sein kann. Gegenwärtig erstarken die Faktoren der Revolution, genauso die des Krieges. Ob der Krieg die Revolution hervorrufen wird oder ob die Revolution den Krieg verhindern wird, die internationale Lage entwickelt sich weiter zum Vorteil der Völker und die Zukunft der Welt wird immer lichter.

Wir müssen weiterhin die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao über die Außenpolitik anwenden. Das bedeutet, die Völker in unseren Herzen zu tragen und unsere Hoffnungen auf sie zu setzen, nur so können wir unsere Arbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik verbessern. Wir müssen dem proletarischen Internationalismus treu bleiben und unsere Einheit mit den sozialistischen Ländern und den unterdrückten Völkern und Nationen der Welt festigen, indem wir die gegenseitige Unterstützung verstärken. Wir müssen uns mit allen Kräften in der Welt vereinen, die sich mit uns vereinen können, um den Kolonialismus, Imperialismus und besonders den Hegemonismus, den die beiden Supermächte praktizieren, zu bekämpfen. Wir sind bereit, mit allen Ländern auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen aufzunehmen und zu entwickeln.

Die Dritte Welt stellt die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus dar. China ist ein sozialistisches Land, das sich entwickelt, es gehört zur Dritten Welt. Wir müssen unsere Einheit mit den Ländern und Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stärken und sie fest in ihrem Kampf für die Erreichung und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, der Verteidigung der staatlichen Souveränität, der Sicherung der nationalen Ressourcen und bei der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft unterstützen. Wir unterstützen entschlossen die gerechten Kämpfe, die die Völker Koreas, Vietnams, Kambodschas, Laos', Palästinas und der arabischen Länder wie auch Südafrikas führen. Wir bieten unsere Unterstützung an im Kampf, den die Völker und Länder der Zweiten Welt gegen den Zugriff, die Drohung und die Schikane durch die Supermächte führen. Wir unterstützen die Anstrengungen, die die westeuropäischen Länder unternehmen, um sich in diesem Kampf zusammenzuschließen. Wir sind auf dieser Grundlage auch bereit, mit der japanischen Regierung zusammenzuarbeiten, um die überlieferte Freundschaft und die gute Nachbarschaft zwischen den beiden Ländern auf der Basis der gemeinsamen chinesisch-japanischen Erklärung zu festigen.

In China und den Vereinigten Staaten existieren verschiedene Gesellschaftssysteme. Dank der Anstrengungen, die von der einen und der anderen Seite unternommen wurden, sind die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in einem bestimmten Ausmaß besser geworden und die Kontakte zwischen den beiden Völkern haben sich im Verlauf der letzten drei Jahre entwickelt. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern können sich weiterhin verbessern, vorausgesetzt, die verschiedenen Bedingungen, wie sie im chinesisch-amerikanischen Kommunique von Schanghai niedergelegt sind, werden eingehalten.

Die führende Clique der Sowjetunion hat den Marxismus-Leninismus verraten. Die Auseinandersetzungen, die wir führen, gehen um prinzipielle Fragen und werden noch lange andauern. Jedoch haben wir dabei stets bedacht, daß diese Auseinandersetzungen der Aufnahme normaler staatlicher Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion nicht im Weg stehen dürfen. Die sowjetische Führung hat eine Reihe von Maßnahmen unternommen mit dem Ziel, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu verschlechtern. Sie hat subversive Aktivitäten gegen China entfacht und bewaffnete Grenzkonflikte provoziert. Sie verleugnet das Abkommen, das bereits 1969 zwischen den Regierungsoberhäuptern beider Länder abgeschlossen wurde und weigert sich, einer Übereinkunft über die Wahrung des status quo über die bestehenden Grenzen zuzustimmen, das die Verhinderung von bewaffneten Konflikten, einen Truppenabzug aus den umstrittenen Grenzgebieten, gegenseitigen Gewaltverzicht, gegenseitigen Nicht-Angriff vorsieht, so daß die chinesisch-sowjetischen Grenzverhand-



Die Genossen Mao Tsetung, Tschou En-lai und Wang Hung-wen auf der Tribüne des Präsidiums des X. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas

lungen bis heute keine Früchte getragen haben. Sie erkannte noch nicht einmal die Existenz von umstrittenen Grenzgebieten an der chinesisch-sowjetischen Grenze an und akzeptierte weder den Abzug der Truppen beider Seiten aus diesen Gebieten noch die Verhinderung eines bewaffneten Konflikts, sondern schwätzte stattdessen bis zum Überdruß darüber, daß sie Verhandlungen fordere über den gegenseitigen Truppenabzug und gegenseitigen Nicht-Angriff, was völlig ohne Sinn und Verstand ist.

Was können sie damit bezwecken, außer, das sowjetische Volk und die Meinung der Welt zu betrügen?

Wir möchten der sowjetischen Führung gerne einen Rat gegen:

Ihr tätet besser daran, Euch hinzusetzen, ehrlich zu verhandeln und diese Probleme zu lösen und Eurem kleinen Verräterspiel endlich ein Ende zu machen!

Vorsitzender Mao hat uns gelehrt:

„Tiefe Tunnel graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!“ – „Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!“ Wir müssen wachsam bleiben, unsere Verteidigungsanstrengungen verstärken und Vorbereitungen für den Kriegsfall treffen. Die heldenhafte Volksbefreiungsarmee hat die große Aufgabe, das Vaterland zu verteidigen. Die ganze Armee muß entschlossen an der Linie des Vorsitzenden Mao zum Aufbau der Armee festhalten, diesen Aufbau vorantreiben und die Vorbereitungen auf einen Kriegsfall verstärken. Der Aufbau der Volksmiliz muß gewissenhaft vor sich gehen. Die Volksbefreiungsarmee und die breiten Massen der Volksmiliz müssen zusammen mit den Volksmassen aller Nationalitäten zu jeder Zeit bereit sein, den eindringenden Feind zu vernichten.

Wir werden Taiwan unbedingt befreien! Mögen unsere Landsleute in Taiwan und unser Volk sich eng zusammenschließen und gemeinsam für die Erreichung des heiligen Ziels kämpfen: Taiwan zu befreien und das große Vaterland zu vereinigen.

Abgeordnete,

in der gegenwärtigen ausgezeichneten Lage im Inland wie in der internationalen Arena ist es äußerst wichtig, Chinas Angelegenheiten mit Erfolg zu regeln und Anstrengungen zu unternehmen, einen noch größeren Beitrag für den Fortschritt der Menschheit zu leisten.

Wir müssen die Weisungen des Vorsitzenden Mao beherzigen, alle Aufmerksamkeit auf die hauptsächlichen Fragen und auf die Linie lenken und an diesem grundlegenden Prinzip festhalten:

Marxismus praktizieren und nicht Revisionismus; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen.

Wir müssen an der einheitlichen Führung durch die Partei festhalten. **In den sieben Bereichen – Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kultur und Bildungswesen, Armee, Regierung und Partei – leitet die Partei alles.**

Die Arbeit auf jedem Gebiet muß unter der einheitlichen Führung durch die Parteikomitees der verschiedenen Ebenen stehen. Wir müssen die glorreiche Tradition der Achtung der Disziplin, der gewissenhaften Handhabung des demokratischen Zentralismus fortsetzen und auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao **die Politik, die Pläne, das Kommando und die Aktionen vereinheitlichen.**

Wir müssen beharrlich die Massenlinie befolgen, was bedeutet:

Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen – wir müssen ein unerschütterliches Vertrauen in die überwältigende Mehrheit des Volkes haben und uns fest auf die Massen stützen. Sei es bei der Revolution oder beim Aufbau, man muß die breiten Massen mobilisieren und mächtige Massenbewegungen führen.

Wir müssen hart arbeiten, das Land aufbauen und unsere Arbeit schnell und wirtschaftlich verrichten. **Wir müssen uns diesen Schwung bewahren, diesen revolutionären Enthusiasmus, diesen unbezwingbaren Elan, der uns in den Jahren des revolutionären Krieges inspiriert hat und in unserer revolutionären Arbeit bis zum Ende fortfahren.**

Wir müssen dem proletarischen Internationalismus treu bleiben und den Großmachtchauvinismus entschlossen, gründlich, restlos und vollständig beseitigen. Wir werden niemals nach Hegemonie streben – und wir werden niemals eine Supermacht werden. Wir werden immer an der Seite der unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt stehen.

Unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze hat unser Volk fleißig gearbeitet und Schwierigkeiten und Hindernisse jeder Art überwunden – und es hat wenig mehr als 20 Jahre gebraucht, um aus einem armen und rückständigen Land zu einem sozialistischen Staat zu werden, der beginnenden Wohlstand verzeichnen kann. Sicherlich werden wir in einer weiteren Periode von etwas mehr als 20 Jahren, das heißt noch vor Ende dieses Jahrhunderts, China in ein mächtiges und modernes sozialistisches Land verwandelt haben. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, unsere Erfolge ausnutzen, unsere Mängel beheben, bescheiden und klug sein, uns vor jeder Art Anmaßung hüten und mit siegesgewissem Schwung vorwärtseilen. Geleitet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!



In Verbindung mit den Errungenschaften beim Aufbau des Ölfelds Dagang verurteilen die Förderungsarbeiter dort empört die Verbrechen der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique, die die Große Proletarische Kulturrevolution zu negieren versuchte.

Genosse Dschang Tschun-tjiao

Bericht über die Änderung der Verfassung der VR China

Genossen Abgeordnete!

Der vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas dem Kongreß zur Beratung vorgelegte Entwurf zur Änderung der Verfassung der Volksrepublik China wurde an alle Abgeordnete gegeben. Im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas möchte ich einige Punkte erläutern.

Vor 20 Jahren, 1954, hat der I. Nationale Volkskongreß die Verfassung der Volksrepublik China angenommen. Unser großer Führer Vorsitzender Mao Tsetung hebt hervor: **„Eine Organisation muß Regeln haben und ein Staat muß auch Regeln haben; die Verfassung ist ein Komplex allgemeiner Regeln und ist das grundlegende Gesetz.“** Die Verfassung von 1954 war Chinas erste sozialistische Verfassung. In Form eines grundlegenden Gesetzes faßte sie die historischen Erfahrungen zusammen, festigte die Siege unseres Volkes und zeigte einen klaren, genau bestimmten Kurs des Fortschritts für das Volk und für das ganze Land. Die Praxis in den letzten zwanzig Jahren hat bewiesen, daß diese Verfassung richtig war. Ihre grundlegenden Prinzipien sind heute noch anwendbar. Jedoch weil seit 1954 ungeheure Veränderungen in Chinas Politik, Wirtschaft und Kultur und in den internationalen Beziehungen stattgefunden haben, sind einige Teile der Verfassung nicht mehr zutreffend. Bei der gegenwärtigen Änderung der Verfassung ist es unsere Hauptaufgabe, die neuen Erfahrungen zusammenzufassen, unsere neuen Siege zu festigen und den allgemeinen Wunsch der Menschen unseres Landes auszudrücken, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten.

Unter den neuen Siegen, die unser Volk in den letzten, zwei Jahrzehnten errang, war der bedeutendste die schrittweise Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze. Durch wiederholte Kraftproben mit einheimischen und ausländischen Feinden und besonders durch die Große Proletarische Kulturrevolution der letzten 8 Jahre, die die bürgerlichen Hauptquartiere von Liu Schao-tschi und Lin Piao zerstörte, schlossen sich die Volksmassen aller Nationalitäten in unserem Land fester zusammen und die Diktatur des Proletariats ist gefestigter denn je. Noch wichtiger ist es, daß der Vorsitzende Mao im Verlauf des Kampfes für uns die grundlegende Linie für die gesamte historische Periode des Sozialismus formuliert hat, indem er das Prinzip, die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis zu verbinden, anwandte. Er sagt: **„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange historische Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk voneinander unterscheiden und behandeln. Anderenfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können.“**

Beide, der IX. und der X. Parteitag haben diese grundlegende Linie bestätigt. Unser Kampf gegen Liu Schao-tschi und Lin Piao konzentriert sich auf eine Streitfrage: diese grundlegende Linie aufrechterhalten oder ändern. In der Vergangenheit und in der Gegenwart haben die Klassenkämpfe immer bewiesen, daß sie die Lebenslinie unserer Partei und unseres Landes ist. Solange wir sie hochhalten, werden wir sicher alle Schwierigkeiten überwinden, den einheimischen und ausländischen Feinden Niederlagen beibringen und größere Siege erringen können. Das ist die wichtigste Erfahrung, die wir gewonnen haben und auch unser Leitgedanke bei der Verfassungsänderung.

Der jetzt vorgelegte Entwurf zur Verfassungsänderung ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Verfassung von 1954. Er wurde geboren aus den wiederholten Diskussionen unter den Volksmassen all unserer Nationalitäten und ist das Ergebnis der Verbindung der Ideen der Führungsorgane und denen der Massen. Die Präambel ist neu. Die Anzahl der Artikel wurde von 106 auf 30 reduziert. Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

(1) Beginnend mit der Präambel faßt der geänderte Textentwurf die ruhmreiche Geschichte des heroischen Kampfes des chinesischen Volkes zusammen. „Die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes“ und „Der Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen sind die theoretische Grundlage, die das Denken unserer Nation leitet“ – das ist die Schlußfolgerung, die das Volk unseres Landes aus seiner historischen Erfahrung von über einem Jahrhundert gezogen hat, und die nun in den allgemeinen Prinzipien des Entwurfes geschrieben steht. Der Entwurf setzt fest: „Der Nationale Volkskongreß ist das höchste Organ der Staatsmacht unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas.“ Er legt ebenfalls fest: „Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas kommandiert die bewaffneten Streitkräfte des Landes.“ Da kein Amt des Staatspräsidenten eingerichtet ist, verändert der Entwurf entsprechend die Bestimmungen der Verfassung von 1954, die die Struktur des Staates betreffen. All das wird sicherlich helfen, die zentralisierte Führung der Partei über die Struktur des Staates zu stärken und den Wünschen der Volksmassen des ganzen Landes entgegenkommen.

(2) Der Entwurf legt fest: „Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis von Arbeitern und Bauern basiert.“ Er legt weiter fest, daß Arbeiter, Bauern und Soldaten den Hauptanteil der Abgeordneten in den Volkskongressen aller Ebenen bilden sollen. Er definiert die Ziele der Diktatur des Proletariats und legt die politischen Prinzipien der Ausübung der Diktatur fest. Der Entwurf schließt in separaten Artikeln die ländlichen Volkskommunen mit ein, die Regierungsfunktion und wirtschaftliche Leitung vereinigen, und die lokalen Revolutionskomitees auf allen Ebenen, die auf der Grundlage der revolutionären Dreierverbindungen zusammengesetzt sind, beides ging aus großen revolutionären Massenbewegungen hervor. So sind der Klassencharakter unseres Staates und die Stellung jeder Klasse in unserem Land klar bestimmt. Marx und Lenin lehren uns übereinstimmend: „Der Klassenkampf führt notwendig zur Diktatur des Proletariats“ und: „Der proletarische Staat ist ein Apparat zur Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat.“ Unser Entwurf hält an dieser prinzipiellen Position des Marxismus-Leninismus fest und unterscheidet sich klar von Täuschungen wie die „wohlwollende Regierung“ des Konfuzius oder der „Staat des ganzen Volkes“ der sowjetrevisionistischen Renegaten.

Unsere Dikatatur des Proletariats hat erstens die Aufgabe, im Land die reaktionären Klassen und die, die sich der sozialistischen Umwälzung widersetzen und den sozialistischen Aufbau bekämpfen und alle verräterischen und konterrevolutionären Aktivitäten zu unterdrükken; und zweitens schützt sie unser Land vor Subversion und möglicher Aggression durch äußere Feinde. Sie ist die Wunderwaffe, mit der das Volk unseres Landes die Feinde besiegt und sich selbst beschützt. Wir müssen sie wie einen Schatz hüten und ständig stärken. Wir müssen die große Einheit der Volksmassen all unserer Nationalitäten stärken, die Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz stärken, das sind die Pfeiler der Diktatur des Proletariats, und wir müssen den Aufbau der staatlichen Organe stärken. Wir müssen fortfahren, das Bündnis der Arbeiterklasse mit ihrem zuverlässigsten Verbündeten, den armen und mittleren Bauern zu festigen, die Einheit mit den anderen Werktätigen und den Massen der Intellektuellen und die geeinte revolutionäre Front weiterentwickeln, die alle patriotischen, demo-

kratischen Parteien und patriotischen Personen aus jedem Millieu einschließt. Nur auf diesem Weg können wir uns mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, vereinen, die Diktatur des Proletariats wirkungsvoll ausüben, das sozialistische System verteidigen, die Unabhängigkeit und Sicherheit unseres großen Vaterlandes festigen.

(3) Die Diktatur des Proletariats übt einerseits Diktatur über die Feinde aus und praktiziert andererseits den demokratischen Zentralismus in den Reihen des Volkes. Ohne breite Demokratie ist es unmöglich, einen hohen Grad an Zentralismus zu erreichen und ohne einen hohen Grad an Zentralismus ist es unmöglich, den Sozialismus aufzubauen. Der Entwurf legt fest, daß alle Staatsorgane den demokratischen Zentralismus praktizieren müssen und nennt die demokratischen Rechte des Bürgers, besonders die der brüderlich verbundenen nationalen Minoritäten und der Frauen. Der Entwurf legt fest, daß die Massen das Recht haben, frei zu reden und in der Öffentlichkeit große Debatten abzuhalten und Wandzeitungen zu schreiben. Darüberhinaus wurde in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorsitzenden Mao dem Artikel 28 das Recht des Bürgers zu streiken zugefügt. Wir sind überzeugt, daß die revolutionären Massen, die in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gestählt wurden, diese Bestimmungen ausgezeichnet anwenden und eine „politische Situation schaffen werden, in der beides, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl einheitlicher Wille als auch persönliches Behagen und vitale Regsamkeit vereint sind und so helfen, die führende Rolle der Kommunistischen Partei Chinas über den Staat und die Diktatur des Proletariats zu festigen".

(4) Die Aufgabe der sozialistischen Umwälzung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die in der Verfassung von 1954 herausgestellt wurde, wurde im Großen und Ganzen vollendet. Der Entwurf bekräftigt diesen großartigen Sieg des chinesischen Volkes und legt fest, daß in der gegenwärtigen Etappe in unserem Land hauptsächlich zwei Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln bestehen, nämlich das sozialistische Eigentum des ganzen Volkes und das kollektive sozialistische Eigentum von Werktätigen. Der Entwurf enthält auch Bestimmungen, die die nicht in der Landwirtschaft tätigen individuellen Arbeiter betreffen und gestattet den Mitgliedern der Volkskommunen, für ihren persönlichen Bedarf kleine Parzellen zu bebauen und in begrenztem Maß Familienmitglieder zu Nebenerwerbstätigkeiten zu beschäftigen. Diese Bestimmungen verbinden das Prinzip des Festhaltens am Sozialismus mit der notwendigen Flexibilität und unterscheiden sich scharf von solchen absurden Thesen, wie sie von Liu Schao-tschi und Lin Piao vertreten wurden, wie der Festsetzung der landwirtschaftlichen Produktionszahlen für jeden Haushalt und die Abschaffung der Parzellen-Bewirtschaftung für den persönlichen Bedarf.

Der Entwurf bekräftigt die allgemeine Linie, unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen und legt eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung der ökonomischen Basis des Sozialismus fest.



Genosse Mao Tsetung und Genosse Tschou En-Lai mit den revolutionären chinesischen Volksmassen.

Es muß hervorgehoben werden, daß in unserem Land immer noch sowohl Übereinstimmung als auch Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis existieren. Wie die aufgehende Sonne ist unser sozialistisches System noch sehr jung. Es wurde im Kampf geboren und kann nur im Kampf wachsen. Nehmt beispielsweise den staatlichen Sektor der Wirtschaft. In manchen Bereichen ist die Form die des sozialistischen Eigentums, aber in Wirklichkeit ist ihre Führung nicht in Händen von Marxisten und der Arbeitermassen. Die Bourgeoisie wird sich vieler Positionen bemächtigen, wenn das Proletariat sie nicht besetzt. Konfuzius starb vor über 2 000 Jahren, aber auch dieser Kehricht verschwindet nicht von selbst, wenn der Besen des Proletariats ihn nicht erreicht. Der Entwurf legt fest, daß die „staatlichen Organisationen und die Staatsbediensteten gewissenhaft den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen studieren müssen", daß „das Proletariat überall im Überbau, alle Bereiche der Kultur eingeschlossen, seine Diktatur über die Bourgeoisie ausüben muß" und daß die staatlichen Organisationen und die Staatsbeschäftigten enge Verbindung mit den Massen halten und ungesunde Tendenzen überwinden müssen. Es ist genau der Zweck dieser Bestimmungen, uns aufzurufen, hinsichtlich der Ausweitung der sozialistischen Revolution im Bereich des Überbaus äußerst wachsam zu sein und der Lösung von Problemen, die die Produktionsverhältnisse betreffen, größte Aufmerksamkeit zu widmen. Wir müssen an der laufenden Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius festhalten, sie verbreitern und vertiefen und an allen Fronten den Marxismus durchsetzen.

(5) In Übereinstimmung mit den Lehren des Vorsitzenden Mao Tsetung **„Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten"** haben wir in dem Entwurf geschrieben, daß „China niemals eine Supermacht wird", um zu zeigen, daß unser Land heute nicht nach Hegemonie strebt und daß es das niemals tun wird. Nur durch die Befreiung der gesamten Menschheit kann das Proletariat seine eigene vollständige Befreiung erreichen. Wir müssen uns mit den Völkern aller Länder im gemeinsamen Kampf für die Abschaffung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der ganzen Welt vereinen, damit die ganze Menschheit befreit wird.

Genossen Abgeordnete!

Die Arbeit zur Änderung der Verfassung läuft seit fast 5 Jahren. Dieser Kongreß wird diese Arbeit vollenden und das neue grundlegende Gesetz der Volksrepublik China schaffen. Um zu siegen und die Volksdemokratie und den Sozialismus zu verteidigen, zerschlagt die Doktrinen von Kao Kang, Jao Shu-Shih, Peng Teh-Huai, Liu Schao-tschi und Lin Biao, die im Innern den Kapitalismus restaurieren und nach außen kapitulieren und unser Land verkaufen wollten, besiegt die einheimischen und ausländischen Reaktionäre. Die Menschen unseres Landes stehen seit langem in scharfen und komplizierten Kämpfen, in denen Zehntausende als Märtyrer ihr Leben gaben. Genau die Siege in diesen Kämpfen sind der Geburtshelfer dieser sozialistischen Verfassung. Wir sind überzeugt, daß die Volksmassen all unserer Nationalitäten, vor allem die Kommunisten und die Staatsbeschäftigten, diese Verfassung sorgfältig anwenden und mutig verteidigen werden und daß sie die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zum Ende weiterführen werden, um sicherzustellen, daß unser großes Vaterland immer vorwärtsstürmt auf dem Weg, den uns der Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen weisen!

Präambel der Verfassung der Volksrepublik China

Die Gründung der Volksrepublik China markierte den großen Sieg der neudemokratischen Revolution und den Beginn der neuen historischen Periode der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Dieser Sieg konnte nur errungen werden, nachdem das chinesische Volk über ein Jahrhundert lang einen heroischen Kampf geführt und schließlich unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus durch den revolutionären Volkskrieg gestürzt hatte.

In den letzten 20 und mehr Jahren haben die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes auf ihrem triumphalen Vormarsch unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas große Siege sowohl in der sozialistischen Revolution, als auch beim sozialistischen Aufbau und in der großen proletarischen Kulturrevolution errungen, sie haben die Diktatur des Proletariats gefestigt und gestärkt.

Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange historische Periode. In dieser ganzen historischen Periode existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf, existiert der Kampf zwischen dem sozialistischen Weg und dem kapitalistischen Weg, existiert die Gefahr der kapitalistischen Restauration und die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Diese Widersprüche können nur gelöst werden, indem man sich auf die Theorie der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und der von ihr geleiteten Praxis stützt.

Wir müssen an der Linie und den grundlegenden politischen Prinzipien der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Periode des Sozialismus festhalten und auf der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats bestehen, so daß unser großes Vaterland immer auf dem Weg vorwärtsschreitet, den der Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen weisen.

Wir müssen die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten, die von der Arbeiterklasse geführt wird und deren Grundlage das Bündnis von Arbeitern und Bauern ist, festigen und die revolutionäre geeinte Front weiter entwickeln. Wir müssen richtig die Widersprüche im Volk von denen zwischen uns und dem Feind unterscheiden und sie richtig behandeln. Wir müssen die drei großen revolutionären Bewegungen, den Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren entfalten, unabhängig und selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft, durch harten Kampf, mit Fleiß und Sparsamkeit und unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, „mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher" den Sozialismus aufbauen, Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen treffen und alles für das Volk tun.

In internationalen Angelegenheiten müssen wir den proletarischen Internationalismus hochhalten. China wird niemals eine Supermacht sein. Wir müssen unsere Einheit mit den sozialistischen Ländern und allen unterdrückten Völkern und unterdrückten Nationen stärken und einander unterstützen; wir müssen uns mit Ländern, die verschiedene Gesellschaftssysteme haben, um friedliche Koexistenz auf der Grundlage der 5 Prinzipien, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz bemühen und wir müssen die imperialistische und sozialimperialistische Politik der Aggression und des Krieges und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte bekämpfen.

Das chinesische Volk ist voller Zuversicht, daß es unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas alle einheimischen und ausländischen Feinde besiegen wird, um China zu einem mächtigen sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats zu machen und um einen noch größeren Beitrag zum Fortschritt der Menschheit zu leisten.

Volksmassen aller Nationen unseres Landes, schließt Euch zusammen, um noch größere Siege zu erringen!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ

BEI KAMPF GEGEN FAHRPREISERHÖHUNGEN KRANKENHAUSREIF GESCHLAGEN. GERICHT: 6 MONATE GEFÄNGNIS

In Würzburg wurden ab 1. Januar dieses Jahres die Fahrpreise für den Nahverkehr bis zu 50% erhöht. Zur gleichen Zeit, als die Zeitungen diese Erhöhung angekündigt hatten, fand die Berufungsverhandlung gegen Hans M. und Hans St. statt, die im September 1972 mit der Partei gegen die damaligen Fahrpreiserhöhungen gekämpft hatten. Sie wurden während dieses Kampfes festgenommen und beide von der Polizei krankenhausreif geschlagen. In der ersten Gerichtsverhandlung im März des letzten Jahres waren sie deshalb zu 1 000 bzw. 500 DM Geldstrafe verurteilt worden.

Bei der Berufungsverhandlung stand von vornherein fest, daß die bürgerliche Klassenjustiz das Urteil verschärfen wollte. In den 5 Verhandlungstagen versuchte der Richter ständig, Genossen Hans M. das Wort zu verbieten die Befragung der Zeugen durch die Verteidigung zu behindern, während den Zeugen der Staatsanwaltschaft die Antworten in den Mund gelegt wurden. So nahm der Richter die unterlassene Hilfeleistung des Gerichtsarztes an den schwer verletzten Demonstranten überhaupt nicht zur Kenntnis, während er einen anderen Zeugen angriff, der Hans M. und Hans St. nach ihrer Entlassung aus dem Polizeipräsidium photographiert und zu einem Arzt hatte bringen lassen. Denn durch ihn hatte das Gericht es natürlich erheblich schwerer, die Lüge über die „brutalen" Demonstranten und die „sanften" Polizisten aufrechtzuerhalten.

Am 3. Verhandlungstag fuhr Richter Motzel sogar die Mutter eines der Angeklagten an, weil sie mitgeklatscht hatte, als die Verteidigerin Freispruch forderte. Als Staatsanwalt Sehlkopf dann 9 Monate Gefängnis forderte und die Zuschauer empört Parolen riefen, ließ der Richter den Saal räumen. Am nächsten Verhandlungstag kamen die Zuschauer nur noch in den Saal, nachdem sie ihren Personalausweis vorgezeigt hatten, auf einer Liste notiert und von Polizeiphotographen photographiert worden waren. Das ganze Gericht war von einem großen Polizeiaufgebot mit scharfen Hunden abgeriegelt. Anträge der Genossen auf Aufhebung dieser Terrormaßnahmen wurden abgelehnt. In dieser Verhandlung gab eine „Sachverständige" ein psychiatrisches Gutachten" ab, in dem angedeutet wurde, Hans M. habe möglicherweise seine Bewußtlosigkeit und seine schweren Verletzungen nur markiert.

Am 17. 12. 74 wurde dann das Urteil verkündet: 6 Monate Gefängnis mit 4 Jahren Bewährung für beide Angeklagten! Noch vor der Urteilsverkündung hatte der Richter vorsichtshalber die Zuschauer ausschließen lassen und eine junge Frau zu einem Tag Ordnungsstrafe verurteilt.

Dieses Urteil ist jedoch nur ein Teil des Terrors, mit dem die Bourgeoisie die Genossen in die Knie zwingen will. Auf sie kommen außer den Gerichtskosten noch eine Reihe von Zivilprozessen zu, in denen die angeblich bei dem Polizeieinsatz verletzten Polizisten und die Würzburger Verkehrsbetriebe Forderungen einklagen wollen.

PROZESS GEGEN GENOSSEN KLINGEMANN VERTAGT

Am 24. 1. 75 begann der Prozeß gegen Genossen Karl Klingemann, der wegen „unerlaubten Waffenbesitzes" verurteilt werden soll, weil sich in seinem Auto, das während der Beerdigung des Genossen Günter in der Duisburger Innenstadt parkte, Fahnenstangen befunden haben. Nachdem das Gericht fast eine Stunde hatte auf sich warten lassen, erklärte die Richterin, der Prozeß müsse leider vertagt werden, da der Hauptbelastungszeuge krank geworden sei. Da die Vernehmung dieses Zeugen durch die Verteidigung auf jeden Fall zeigen wird, wie haltlos die Behauptungen der Bourgeoisie sind, stimmte Genosse Karl dem zu. Nachdem das Gericht dann eine Einstellung des Verfahrens, die der Verteidiger des Genossen beantragt hatte, abgelehnt hatte, bot der Staatsanwalt plötzlich auch Einstellung des Verfahrens an – nach § 153 StPO. Dieses scheinbar freundliche Angebot war in Wirklichkeit ein Überrumpelungsversuch. Denn bei einer Einstellung des Verfahrens nach § 153 geht zwar der Angeklagte straffrei aus, aber seine „Straftat" gilt als erwiesen. Hätte Genosse Karl diesem Antrag des Staatsanwalts zugestimmt, so hätte die Bourgeoisie das politische Ziel, das sie in diesem Fall erreichen wollte, nämlich die „Bewaffnung der Demonstranten" nachzuweisen ohne Kampf im Gericht erreicht. Deshalb lehnte Genosse Karl natürlich ab. Der Prozeß wird wahrscheinlich im März weitergehen.

VON DER POLIZEI MISSHANDELT, VOM GERICHT VERURTEILT

Am 1. Mai 1973 war in Münster eine 50-jährige Krankenschwester festgenommen worden, als sie bei einem Polizeiüberfall auf eine Demonstration der GRF versucht hatte, ihre Tochter vor der Polizei zu schützen. Sie wurde daraufhin von vier Polizisten zum Wagen geschleift, dort mit zerbrochenen Fahnenstangen geschlagen, auf den Kopf und den Oberkörper getreten und als „rote Hure" beschimpft. Jetzt hatte die bürgerliche Klassenjustiz ihr noch dazu wegen „Widerstand" und „Gefangenenbefreiung" den Prozeß gemacht. Sie sollte zur Kriminellen gestempelt werden, um von den Verbrechen der Polizei abzulenken. So erklärte der Richter nach dem 1. Verhandlungstag zynisch, eigentlich sei die Strafhöhe unerheblich, da die durch die Polizei erlittenen Verletzungen eine Bestrafung an sich überflüssig mache! Der Klassencharakter des Gerichts zeigte sich auch bei der zweiten Verhandlung, wo der Richter 5 Zuschauer sofort für drei Tage ins Gefängnis schickte, weil sie nicht aufgestanden waren, als er zur Urteilsverkündung hereinkam. Anschließend verurteilte er die 50-jährige Frau zu 300 DM Geldstrafe.

Am nächsten Tag, als in der Innenstadt von Münster Flugblätter gegen diesen Justizterror verteilt wurden, nahm die Polizei zwei Genossen fest. Kommentar eines der Polizisten: 3 Tage Ordnungsstrafe seien noch viel zu wenig und wenn er die Genossen noch einmal erwischen würde, ließe er gleich Haftbefehl ausstellen.

Arbeitsgericht in Oberhausen

Freie Meinung: für MRW Bosse unzumutbar

Am 22. 1. 75 fand vor dem Arbeitsgericht Oberhausen die Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Peter Sch. gegen die Mannesmann-Röhren-Werke Mülheim statt. Genosse Peter war am 25. 7. 74 bei MRW auf Betreiben des Betriebsrats entlassen worden, nachdem er bereits vorher aus der IGM ausgeschlossen worden war. Anlaß für die Entlassung des Genossen war eine Rede auf der Belegschaftsversammlung, in der er über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier berichtet hatte.

Zwei Tage vor dem Prozeß machte die Betriebszelle der Partei vor den Toren von MRW Propaganda zu dem Prozeß, an der auch Genosse Peter teilnahm. In dem Entlassungsschreiben der MRW-Kapitalisten hatte es unter anderem geheißen: „...seine körperliche Unversehrtheit ist wegen der Empörung der Belegschaft gegen ihn" nicht mehr gewährleistet. Dasgrosse Hallo, mit dem der ehemalige kommunistische Kollege begrüßt wurde, bewies allerdings das Gegenteil. Als die Genossen unmittelbar vor dem Prozeß in der Oberhausener Innenstadt zur Unterstützung des Genossen aufriefen, erklärte sich ein Student, der den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Obduktion der Leiche des Genossen Günter im Essener Klinikum mitbekommen hatte, spontan bereit, mit zum Prozeß zu kommen und blieb auch bis zur Urteilsverkündung.

Der Prozeß war der 8. von 9 Prozessen, die an diesem Morgen allein bei einem Richter des Arbeitsgerichts Oberhausen durchgezogen wurde. Für jeden Termin hatte das Gericht 15 - 20 Minuten angesetzt. Bei der Urteilsverkündung am Nachmittag stellte sich dann heraus, daß von 9 Klagen 8 gegen die Arbeiter entschieden wurden und sie auch die Prozeßkosten zu tragen hätten.

Als Punkt 3 in der Kündigung der MRW-Kapitalisten hatte es geheißen: „... gab sich als Anhänger der KPD/ML zu erkennen ... verbreitete deren verfassungsfeindliches Gedankengut, propagierte die proletarische Revolution und forderte schließlich zu rechtswidrigen Handlungen auf." Damit „hatte er sich einer illegalen parteipolitischen Betätigung schuldig gemacht."

„Damit", heißt es in einem Flugblatt der Betriebszelle der Partei für MRW, „legen die Mannesmann-Kapitalisten endlich einmal unzweideutig offen, welche parteipolitische Betätigung im Betrieb eigentlich verboten ist: einzig und allein eine kommunistische. Oder ist Helmut Schmidt etwa bei seiner parteipolitischen Betätigung bei MRW Mülheim vor 4 Jahren aus dem Betrieb geflogen?" Genosse Peter legte in seiner fast einstündigen Rede vor dem Arbeitsgericht ausführlich dar, daß es sich bei seiner Entlassung um die Verfolgung eines angesehenen kommunistischen Kollegen handelt, mit welcher die Kapitalitsen klar zeigen, was von der im BVG angeblich garantierten Meinungsfreiheit zu halten ist. Er zeigte, wie die Mannesmann-Kapitalisten von dem Augenblick an, wo ihn die Kollegen seiner Abteilung beim Streik 1973 zum Streiksprecher wählten und er sie im Kampf gegen den Verrat des Betriebsrats und der D,,K"P anführte, begannen, ihn zu bespitzeln und seine Entlassung vorzubereiten. Er erklärte weiter, daß es kein Zufall war, daß der Kampf der Mannesmann-Kapitalisten gegen den kommunistischen Arbeiter sich gerade nach der Ermordung des Genossen Günter zuspitzte. Denn durch diesen Polizeimord und den darauf folgenden Polizeiterror gegen jeden, der die Wahrheit verbreitete, hatten die Mannesmann-Kollegen mit eigenen Augen sehen können, daß die KPD/ML recht hat, wenn sie gegen die Lügen der D,,K"P über den „friedlichen Weg" zum Sozialismus kämpft und den Arbeitern den Weg der gewaltsamen Revolution weist.

Obwohl Genosse Peter die konkreten Vorwürfe des Mannesmann-Kapitalisten über „Rechtsbrüche" widerlegen konnte und dafür auch 8 Zeugen benannt hatte, weigerte sich das Gericht, darauf einzugehen und lehnte auch die Vernehmung der Zeugen ab. Es lehnte die Klage des Genossen mit genau den gleichen Paragraphen ab, mit denen auch die Mannesmann-Kapitalisten die Kündigung begründet hatten: Es gäbe natürlich nach dem Grundgesetz ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Wenn aber die freie Meinungsäußerung eines „Arbeitnehmers" den Rahmen des für den „Arbeitgeber" Zumutbaren sprenge, dann habe der „Arbeitgeber" auch das Recht, einem solchen „Arbeitnehmer" fristlos zu kündigen.

Die Parteizelle bei MRW wird dieses Urteil, das nichts anderes bedeutet, als daß nach dem angeblich so freiheitlichen Grundgesetz und dem BVG jeder Kapitalist das Recht hat, jeden Kommunisten einzig und allein aufgrund seiner Weltanschauung zu entlassen, veröffentlichen und gleichzeitig nachholen, was der Richter in diesem Prozeß durch die Ablehnung der Zeugen – allesamt Betriebsräte – bewußt verhindert hat: die Entlarvung der Betriebsräte und ihre aktive Rolle bei der Entlassung des Genossen Peter und so zu einer weiteren Klärung der Fronten im Betrieb beitragen.

Hände weg von den türkischen Genossen

Am 24. 1. 75 begann in Frankfurt vor der Staatsschutzkammer der monatelang hinausgeschobene Prozeß gegen die türkischen Antifaschisten und Patrioten Hammet Subasi und Yildirim Dagyeli. Die Anklage lautet unter anderem auf , ideologische und militärische Vorbereitung der bewaffneten Revolution in der Türkei, Verstoß gegen das Waffengesetz und Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages." Die Bourgeoisie will mit diesem Prozeß die beiden Genossen nach § 129 (kriminelle Vereinigung) als „Rädelsführer" der Patriotischen Einheitsfront der Türkei verurteilen.

Ihr Angriff gilt einer fortschrittlichen Organisation der türkischen Kollegen, darüber hinaus aber dem Kernpunkt des Marxismus-Leninismus, der Lehre von der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution.

Um ihre Anklage gegen die beiden Genossen zu „beweisen", die sich auf eine vom Bundeskriminalamt und dem türkischen Geheimdienst MIT gemeinsam geplante und durchgeführte Provokation stützt, hat die Staatsanwaltschaft ein Heer von Belastungszeugen aufgefahren, darunter auch den vom Münchner Kommunistenprozeß her berüchtigten Hugo Lanz.

Es zeigte sich aber bereits am ersten Verhandlungstag, daß die bürgerliche Klassenjustiz sich schwer tun wird, der Öffentlichkeit zu „beweisen", daß die beiden Antifaschisten und Patrioten „Kriminelle" sind. **Beide Genossen wurden, als sie den Gerichtssaal betraten, mit großem Beifall von den Zuschauern begrüßt.** Die Rede, in der Genosse Dagyeli über den Kampf der türkischen Arbeiterklasse berichtete und erklärte, daß es für sie nur den Weg des bewaffneten Sturzes des faschistischen Regimes und die Errichtung der Volksmacht gibt, wurde begeistert aufgenommen.

Freispruch für die beiden türkischen Antifaschisten und Patrioten!

Hände weg von revolutionären und kommunistischen Organisationen!

Fortsetzung von Seite 2

30. Januar 1933 - Das Finanzkapital...

kommende Tendenz zur „Verachtung der Massen", die den revisionistischen Einfluß verrät.

Anknüpfend an die Lüge von der „Wahl des Faschismus durch das Volk" behaupten die D,,K"P-Revisionisten heute, die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur könne durch den Stimmzettel verhindert werden. Sie erklären, die CDU/CSU würde das sogenannte „Rechtskartell", den „aggressiven Flügel" der Monopolbourgeoisie vertreten. So interpretieren auch die D,,K"P-Revisionisten die Wahlerfolge der CDU/CSU bei den letzten Landtagswahlen als „Erstarken der Rechtskräfte" und als „Rechtsruck", was ja wohl heißen soll, daß die „Reaktion" durch die „Unterstützung" des Volkes gestärkt wird. In seiner Erklärung zum 6. Jahrestag der Gründung unserer Partei stellt das Zentralkomitee dazu fest: „Die hauptsächlich von den modernen Revisionisten verbreitete „Rechtskartell-Theorie" hat in Wirklichkeit nur eine Aufgabe: sie soll Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen, soll vom Hauptfeind im antifaschistischen Kampf, dem Imperialismus und dem imperialistischen Staatsapparat ablenken."

Die Lüge von der „demokratischen" Machtergreifung Hitlers soll verschleiern, daß die Entwicklung der inneren Widersprüche des Imperialismus zwangsläufig auf die Alternative Faschismus oder proletarische Revolution hinausläuft, weil die Bourgeoisie in der Zuspitzung der Klassenwidersprüche keinen anderen Weg als die offen terroristische, faschistische Diktatur mehr sieht, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Lüge der modernen Revisionisten von der „parlamentarischen Verhinderung des Faschismus" soll die Werktätigen darüber täuschen, daß nur die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein neues 33 verhindern kann.

Solidarität mit den Angeklagten Genossen Radio Tirana zum Prozeß in München

Am 25. 1. 75 brachte Radio Tirana als letzte Meldung in den täglichen Nachrichten einen Bericht über den Roten Antikriegstag in München:

„In München beginnt am 28. Januar 1975 ein Prozeß gegen vier Genossen, die 1972 am Roten Antikriegstag teilgenommen hatten und gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges und gegen den westdeutschen Militarismus aufgetretenwaren. In der ersten Verhandlung waren sie jeweils zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Dieser Prozeß ist der erste größere Prozeß, der in Westdeutschland nach der Verschärfung der Strafprozeßordnung gegen Kommunisten geführt wird. Die Bourgeoisie hat Vorsorge getroffen, daß alle ihre Maßnahmen gegen angeklagte Kommunisten und Antimilitaristen auch Anwendung finden werden. Im Landesverband Bayern der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten werden derzeit anläßlich dieses Prozesses mehrere Veranstaltungen stattfinden und in München wird eine Demonstration durchgeführt werden, wobei es nicht nur um die Unterstützung der im Gericht kämpfenden Genossen geht, sondern vor allem um den verstärkten Kampf für die Einbürgerung des Genossen der ROTEN GARDE Sascha Haschemi, dessen Verfahren abgetrennt wurde und der nun seit fast genau einem Jahr in der Illegalität leben muß, weil die Bourgeoisie ihn an das persische Henkerregime abschieben will."

Fortsetzung von Seite 1

sich allen Bemühungen der Partei zum Trotz geweigert hatte, in einer gemeinsamen Front gegen die Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz zu kämpfen. Was die Führer dieser Organisation von Solidarität halten, konnte man daran sehen, daß weder auf der Demonstration, noch in Flugblättern, noch auf der Schlußkundgebung auch nur ein einziges Wort über den bevorstehenden Roten Antikriegstagsprozeß und Genossen Sascha fiel.

Die Partei führte nach der Demonstration eine Veranstaltung durch, an der ebenfalls rund 200 Menschen teilnahmen. Besonders begeisterten Beifall gab es hier, als vom Tonband eine Rede abgespielt wurde, die Genosse Sascha vor rund einem Jahr gehalten hatte, als er zusammen mit zwei anderen Genossen wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag vor Gericht stand. Auf dieser Veranstaltung wurden über 500 DM zur Unterstützung des Kampfes der Genossen gesammelt.

US-Imperialisten fordern
US-Militärstützpunkt in Oman

In Verhandlungen mit dem reaktionären Regime von Oman fordern die US-Imperialisten das Recht, auf einem Flugplatz von Oman Militärflugzeuge zu landen und aufzutanken. Schon vorher hatte der reaktionäre Sultan Quabus von Oman den US-Imperialisten Marinestützpunkte für die im Indischen Ozean kreuzenden amerikanischen Kriegsschiffe gewährt. Als Gegenleistung erhielt er vom Pentagon Waffen, um damit gegen den Befreiungskampf des Volkes von Oman und Dhofar vorzugehen.

Nicht zufällig haben die US-Imperialisten sich gerade die Insel Masira als Flughafen ausgesucht. Sie liegt in unmittelbarer Nähe der Meerenge von Hormuz, durch die die Erdöltanker der Länder am Arabischen Golf fahren müssen, um in den Indischen Ozean zu gelangen. Wie die Katze vor dem Mauseloch planen die US-Imperialisten dort Stellung zu beziehen. Zu Recht bezeichnete eine algerische Nachrichtenagentur die Schaffung dieses Stützpunktes **als einen Schritt zur Verwirklichung der Drohung Kissingers, militärisch gegen die arabischen Erdölländer vorzugehen.**

Schon seit Jahren unternehmen beide Supermächte immer größere Anstrengungen, um ein Netz von Stützpunkten um den Nahen Osten und im Indischen Ozean zu schaffen. Sowohl die US-Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen dabei, die Länder am Arabischen Golf gegeneinander aufzubringen, sie gegeneinander auszuspielen, um sich dadurch günstigere Positionen für die Errichtung ihrer Vorherrschaft über den Nahen Osten mit seiner strategischen Bedeutung, seinen großen Ölquellen zu schaffen. Die Rivalität beider Supermächte, ihre Versuche, sich gegenseitig beim Wettrüsten und beim Aufbau von Militärstützpunkten in diesem Gebiet zu übertreffen, ist für die Völker am Golf eine ständig wachsende Bedrohung.

Das reaktionäre Regime von Oman ist dabei eine willige Marionette des Imperialismus. Seit Jahren schon verkauft der Sultan Quabus die nationalen Interessen seines Landes wie auch der anderen



Länder am Golf an die Imperialisten, um seine reaktionäre Feudalherrschaft im Land aufrecht erhalten zu können gegen den Befreiungskampf des Volkes von Oman und Dhofar. Seitdem das Volk vor fast 10 Jahren zur Waffe griff, um die grausame Unterdrückung und Ausplünderung durch die Feudalherrschaft sowie durch die englischen Imperialisten, die Quabus an die Macht brachten, zu beseitigen, haben die Befreiungskämpfer 90% der Region Dhofar befreit. Das Feudalregime, das bereits zu wanken begann, holte sich Unterstützung durch saudiarabische Truppen und vor allem durch Militärhilfe der englischen Imperialisten. Englische Offiziere befehligen die Truppen des Regimes gegen die Befreiungskämpfer, englische Militärflugzeuge bombardieren die befreiten Gebiete, töten unschuldige Menschen. Als auch dies den Kampf des Volkes nicht brechen konnte, eilten dem reaktionären Quabus-Regime auch noch iranische Truppen des Schah zu Hilfe, die zu tausende gegen die Befreiungskämpfer eingesetzt werden.

Im Ergebnis der Verhandlungen werden nun auch die US-Imperialisten offen gegen das Volk von Oman und Dhofar vorgehen. Die US-Imperialisten versicherten dem reaktionären Sultan im Austausch gegen einen Militärstützpunkt nicht nur Waffenhilfe gegen das Volk, sondern erklärten sich auch bereit, sogenannte „Militärberater" nach Oman zu entsenden, die wie in Vietnam die Truppen des Marionettenregimes gegen den Befreiungskampf des Volkes befehligen und anleiten sollen.

Dieses Eindringen des US-Imperialismus im Oman zeigt deutlich, daß auch für das Volk von Oman und Dhofar die Hauptgefahr von den beiden Supermächten, von ihrem Ringen um Vorherrschaft in der Welt ausgeht. Der Kampf des Volkes von Oman und Dhofar wird durch das Eingreifen des US-Imperialismus noch schwieriger und langwieriger sein, noch größere Opfer kosten. Aber wie die Befreiungskämpfer nicht vor den saudiarabischen Truppen, vor den englischen Söldnern und den iranischen Invasoren die Waffen gestreckt haben, so werden sie sich auch den beiden Supermächten nicht ergeben. Sie stehen in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion nicht allein, sondern haben große Unterstützung. Wie die Bedrohung durch den US-Stützpunkt auf der Insel Masira sich gegen alle arabischen Völker richtet, so werden diese Völker auch gemeinsam ihre Interessen verteidigen und gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und insbesondere gegen beide Supermächte eines Tages den Sieg endgültig davontragen.

Spanien
Revolutionäre in Kürze vor Gericht

Gegen vier Angeklagte werden die Franco-Faschisten in Kürze in Madrid den Prozeß eröffnen. Sie werden beschuldigt, am 1. Mai 1973 an Demonstrationen teilgenommen zu haben. Dieser 1. Mai war eine große Niederlage für die Franco-Faschisten gewesen: Trotz Drohungen und großem Polizeiaufgebot hatten in allen Teilen Spaniens Werktätige Demonstrationen und Kundgebungen zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse durchgeführt.

Den Angeklagten wird außerdem vorgeworfen, zur Revolutionä-



ren Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) zu gehören. Angeklagt sind:

Jose Ignacio Elorrieta Perez de Diego: 27 Jahre alt, verheiratet, Biologieprofessor an der Universität Madrid. Er wurde nach seiner Festnahme brutal gefoltert. Er wird angeklagt, Führer der FRAP zu sein. Der Staatsanwalt beantragt **12 Jahre und 1 Tag Strafe.**

Maria del Carmen Sanchez Casa Padilla: 25 Jahre, Krankenschwester, verheiratet, Mutter von einem Kind. Nach der Festnahme brutal gefoltert. Angeklagt, der FRAP anzugehören. Die Staatsanwaltschaft fordert 4 Jahre Gefängnis, 8 Jahre Berufsverbot und 500 000 Pesetas Strafe.

Antonio Hernandez Lezama: 25 Jahre alt, Arzt, verheiratet. Auch er wurde nach seiner Festnahme gefoltert. Er wird angeklagt, der FRAP anzugehören. Der Staatsanwalt fordert 4 Jahre Gefängnis, 8 Jahre Berufsverbot und 500 000 Pesetas Geldstrafe.

Petra de la Torre Romero: 27 Jahre alt, von Beruf Ärztin. Nach ihrer Festnahme wurde sie wie die anderen auch von den Schergen des faschistischen Franco-Regimes brutal gefoltert. Sie wird angeklagt, der FRAP anzugehören. Der Staatsanwalt beantragt gegen sie 4 Jahre Gefängnis, 8 Jahre Berufsverbot und 500 000 Pesetas Strafe.

FREIHEIT FÜR DIE VIER ANGEKLAGTEN, FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN DES FASCHISTISCHEN FRANCO-REGIMES!

Aus aller Welt

BOLIVIEN

Seit mehreren Tagen befinden sich die Bergarbeiter in den Zinnminen Boliviens im Ausstand. Ihr Streik richtet sich gegen das reaktionäre Banzer-Regime sowie gegen die Hungerlöhne, die die Kumpel für ihre schwere Arbeit erhalten. Die Arbeiter haben die Regierung gewarnt, Militär in das von ihnen besetzte Minengebiet zu schicken. Inzwischen hat das Militär um das Gebiet des Ausstandes herum Stellung bezogen.

ISLAND

Nachdem die isländische Regierung 1968 die Territorialgewässer auf 50 Meilen ausdehnte im Kampf gegen die Räuberei durch Fischereiflotten der imperialistischen Länder, hat Island jetzt angekündigt, zur Erhaltung der Fischereigewässer in naher Zukunft eine 200-Meilen-Zone zu errichten. Mehrere Länder haben diesen Schritt schon vor einiger Zeit unternommen, um ihre Fischbestände, zumeist der einzige gegenwärtig nutzbare Reichtum dieser Länder, gegen die Plünderei durch die Fangflotten der Imperialisten zu schützen.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten trotzen dem wilden Terror der britischen Kolonialherren und der reaktionären Elemente und führen ihre Aktionen gegen den Feind weiter, wobei sie ihm schwere Verluste zufügen. Eine Aktion wurde von den Patrioten im größten Hotel in Belfast, das vorwiegend von britischen Militärs besucht wird, unternommen. Durch die Explosion einer Bombe entstanden an dem Gebäude erhebliche Sachschäden, die Besatzer gerieten in höchste Panik. Eine weitere Bombenexplosion ereignete sich, als eine britische Streife einen Kontrollgang in einem Ort an der Grenze zur Republik Irland unternahm. Die britischen Besatzungstruppen setzen unterdessen in Nordirland ihre Willkürakte fort. Der britische Minister für die Fragen Nordirlands gab erneut einige Drohungen an die Adresse der nordirischen Bürger ab.

Zypern
Sturm auf US-Botschaft in Nikosia

Empört über die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Zyperns stürmten Mitte Januar Tausende griechische Zyprioten die amerikanische Botschaft und ein Konsulat der hohen englischen Kommission in der zyprischen Hauptstadt Nikosia.

Die Demonstranten marschierten zu den englischen und amerikanischen Konsulaten mit Losungen wie **„Engländer raus aus Zypern"** und **„Nato, CIA – Verrat!"** Die Demonstranten waren mit Stöcken und Steinen bewaffnet. Mehrere von ihnen drangen in die amerikanische Botschaft ein, rissen die amerikanische Flagge vom Botschaftsgebäude herunter und verbrannten sie auf der Straße. Dann stürmten sie erneut in die Büros, wo sie die Bücher und Dokumente der Botschaft in Brand setzten.

Die zur Sicherung der US-Botschaft bestimmten Kräfte der amerikanischen Marineinfanterie eröffneten das Feuer mit Tränengasbomben auf die Demonstranten. Im Verlauf der Demonstrationen wurden 14 englische Soldaten verwundet und zehn Panzerwagen angesteckt. Durch das Feuer der englischen Soldaten wurde ein zypriotischer Student getötet. Zur gleichen Zeit unternahm ein Trupp Bewaffneter aus der Bevölkerung einen Angriff gegen Anlagen der englischen Imperialisten im Norden der Insel, wobei sie ein englisches Panzerfahrzeug in Brand setzten.



Die zypriotische Bevölkerung kämpft gegen die amerikanischen und britischen Imperialisten. Bild: Angriff auf die amerikanische Botschaft in Nikosia!

Die Kämpfe der Bevölkerung gegen die amerikanischen und britischen Imperialisten waren aufgeflammt, weil diese erneut versucht hatten, die Spannungen zwischen den Zyprioten griechischer und türkischer Nationalität auf der Insel wieder anzuheizen. Die englischen Imperialisten planten, türkische Zyprioten im Landesteil der griechischen Nationalität anzusiedeln.

Die Zyprioten dagegen beharren zurecht darauf, ihre Probleme ohne die Einmischung der Imperialisten eigenständig zu lösen. Bereits im letzten Sommer hatten vor allem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion versucht, die Spannungen auf die Spitze zu treiben, mal die eine, mal die andere Seite zu unterstützen und gegeneinander aufzubringen, um auf diesem Feuer ihr Süppchen kochen zu können, mit dem Ziel, diese Insel sich einzuverleiben und als Stoßkeil bei ihrem Vordringen ins östliche Mittelmeer zu benutzen.

Gegen diese Politik der Hegemonie, die beide Supermächte in heftiger Rivalität zueinander betreiben, gegen die Gefährdung der Unabhängigkeit und Souveränität Zyperns richtet sich der Kampf der Zyprioten wie auch der Kampf des griechischen und türkischen Volkes. So fanden zu gleicher Zeit auch in der Hauptstadt Griechenlands große Demonstrationen gegen die Hegemoniepolitik des US-Imperialismus, gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in Griechenland statt. Die Demonstrationen wurden von der griechischen Bourgeoisie gewaltsam auseinandergeschlagen, um die US-Botschaft vor dem Zorn des Volkes zu sichern.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer	26,2 Meter
jeweils	19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz; 41 Meter entspricht 7,23 MHz; 50 Meter entspricht 5,95 MHz; 215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Bundesverdienstkreuz für Reeder Reith

Grosse Empörung bei Hamburger Seeleuten

Anfang Januar erhielt der Reederchef Reith aus Hamburg den Bundesverdienstorden zweiter Klasse für „Verdienste um die sozialen Belange der Seeleute." Während diese Ordensverleihung durch den Hamburger Senat im Überseeklub die Sektkorken zum Knallen brachte, löste sie unter den Hamburger Seeleuten so große Empörung aus, daß sogar die DAG sich zu „Protesten" gegen diesen Staatsakt genötigt sah.

Denn wer ist Hans Edwin Reith? Kommunistische Seeleute aus Hamburg schreiben: **„Fangen wir an mit dem spanischen Matrosen, der im letzten Jahr auf der „Carola Reith" spurlos auf dem Atlantik verschwand, ähnlich wie bei der Mordsache ‚Margitta'. Erinnern wir uns an die Seeleute, die mehrere Reith-Schiffe außerbords mit „Hungerkasten" und „Wir haben Hunger" beim Einlaufen in Hamburg und Rotterdam übermalten.** Erinnern wir uns an die vielen Unfälle auf den verrotteten Kästen der Reithflotte, an die massenhaften Heuerunterschlagungen und an die Entlassungen und Verfolgungen von mutigen Seeleuten, die mit der Faust auf den Tisch hauten. Um nur einiges zu nennen. Wie man



2. Mai 1971: Genossen der KPD/ML besuchen chinesische Seeleute auf ihrem Schiff, die keine Ausbeutung, keinen Hunger durch Reeder-Kapitalisten kennen.

also sieht, konnte sich der ehemalige Stabsoffizier des Hitlerfaschismus (Reith war U-Boot-Kommandant bei der Marine des Hitlerfaschismus – RM) unter dessen staatlichen Erben ausgezeichnet weiterentwickeln. Er und seine Leute brauchten nicht mit 40 DM anzufangen, sondern wechselten die Haut, jetzt genannt „freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat."

Reederkapitalist Reith, der im zweiten Weltkrieg als U-Bootkommandant -zig Seeleute in den Tod trieb, liebäugelt heute vom Schreibtisch aus mit dem Geschäft mit dem imperialistischen Krieg. **So lobte er auf dem Seeschiffahrtstag 1974 ‚örtlich begrenzte Krisen" wie den Koreakrieg, die Suezkrise und den imperialistischen Krieg gegen das vietnamesische Volk, weil sie „weltweit Frachtraten" gebracht hatten, „die weit über dem üblichen lagen."**

Die besonderen „sozialen Verdienste" sah die Bundesregierung vor allem darin, daß Reith seine Flotte nicht ausgeflaggt habe, also immer unter der Flagge der westdeutschen Imperialismus gefahren sei. Dieser Flaggenzauber hat allerdings weder mit „sozialen" Gefühlen noch mit „patriotischen" Gefühlen von Reith auch nur das geringste zu tun. Die Reederkapitalisten fahren unter der Flagge, mit der sich für sie die größten Profite machen lassen. **Wenn Reeder Reith „sozial" denkt und handelt, dann nur gegen sich selbst und seinesgleichen. Und dafür und für nichts anderes hat er auch den Orden des kapitalistischen Staates bekommen.**

„Verdienstkreuz statt Gefängnis!" – das ist die Überschrift des Flugblattes „Klar-Schiff", mit dem sich die D„K"P zu diesem Staatsakt äußert. Sie zählen einzelne Verbrechen dieses Kapitalisten auf, um dann die Seeleute aufzufordern: „Fordert die Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes für Reith, schreibt an die Ordenskanzlei!"

Zu Recht werden viele Seeleute der Meinung sein, daß Reith und seinesgleichen bestraft gehören. Aber wann hat der kapitalistische Staat jemals die Kapitalisten dafür bestraft, daß sie die Arbeiterklasse ausbeuten und ausplündern? Er ist im Gegenteil gerade ein Instrument der Kapitalisten, um ihre Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterklasse darf auf diesen kapitalistischen Staat keinen Funken Hoffnung setzen. Sie muß ihn in der sozialistischen Revolution zerschlagen und den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats, aufbauen, der dem werktätigen Volk Gerechtigkeit und Demokratie sichert und die Feinde der Arbeiterklasse unterdrückt.

Methoden der Firma Carraux sind berüchtigt

Nur einen Moment erholt - fristlos entlassen

Am Dienstag, den 6. 1. 75 wurde der 42-jährige Heizer Ralf M. fristlos aus der Firma ‚Nordische Ölwerke" in Hamburg-Wilhelmsburg entlassen. Begründung: Unzuverlässigkeit.

Kollege Ralf hatte für den Kapitalisten Carraux jeden Monat 200 - 300 Stunden geschuftet. Als Heizer angestellt, hat er jede Dreckarbeit machen müssen: Ventile reparieren, Leitungen flikken, Ölwannen reinigen... Manchmal fiel ihm diese Maloche allerdings sehr schwer, da er von einem früheren Arbeitsunfall her eine schwere Rückgratverletzung hat. Am Dienstag, den 6. 1. 75 hatte er wieder einmal Rückenschmerzen. Krankmachen? – Das wollte Ralf nicht, weil seine beiden Kollegen dann seine Arbeit hätten mitmachen müssen. Zehn Minuten vor Feierabend dann – der Kessel lief einwandfrei – setzte sich Ralf vor Schmerzen einen Augenblick auf die Treppe. Das bekam der Chef mit. Er tobte Am nächsten Tag fand Ralf in seinem Briefkasten seine fristlose Kündigung. Wegen „Unzuverlässigkeit."

Genossen der Partei haben den 42-jährigen Kollegen in Hamburg-Wilhelmsburg getroffen. Er erzählte ihnen von der unmenschlichen Ausbeutung in der Firma und kam auch auf den Arbeitertreff der Partei in Hamburg, um dort darüber zu berichten. Die Partei verteilte vor dem Betrieb ein Flugblatt, das wir im folgenden wiedergeben, das von den Kollegen sehr interessiert aufgenommen wurde und um das es viele lebhafte Diskussionen mit Genossen der Partei gab.

WEG MIT DIESEN MÖRDERISCHEN ARBEITSBEDINGUNGEN!

Die Firma Carraux ist für solche Methoden, wie sie Kollege Ralf erlebte, berüchtigt. So hat jeder Kollege bei seiner Einstellung den Empfang von Helm und Stiefeln quittieren müssen. Es gibt aber Kollegen, die haben nach einem viertel Jahr weder Helm noch Stiefel gesehen. Aber überall zischt, dampft, und spritzt es. Schwere Leitungsrohre sind mit Schweißdraht (!) notdürftig an der Wand befestigt. An einer Stelle, an der einige Kollegen jeden Tag vorbei müssen, tropft aus einer Leitung an der Decke stark ätzende Säure. Niemand kann das Leck abdichten: Entweder kein Werkzeug oder keine Zeit! Lösung: ein Eimer wird darunter gehängt.

Haufig gibt es im Betrieb Verbrennungen oder schwere Ätzungen. Mancher Kollege stand nach einer „Säuredusche" plötzlich im Hemd da! Um die schlimmsten Unfälle zu vermeiden, flicken die Kollegen die Sachen, wo sie nur können.

Doch der alte Carraux humpelt dabei im ganzen Werk herum und meckert die Kollegen an. Mehr noch, er treibt mit ihnen sein schmutziges Spiel. So hat er vor zwei Wochen ohne jede Begründung den Stundenlohn von einigen Kollegen von 8,50 DM auf 8,20 DM gekürzt, anderen hat er den Stundenlohn erhöht. Genauso war es mit dem Weihnachtsgeld. Damit will der Alte die Kollegen gegeneinander ausspielen.

– Sicherheitsbestimmungen? – Bei Carraux gelten sie nicht!

– Arbeitsverträge? – Kennt die Firma Carraux nicht!

– Betriebsrat? – Das hat es bei Carraux noch nie gegeben!

Wem's nicht paßt, bitte, der kann ja gehen!

CARRAUX VERPESTET DIE LUFT UND DAS WASSER:

Doch mit der brutalen Ausbeutung der Kollegen im Betrieb nicht genug. Auch der Wilhelmsburger Bevölkerung ist Carraux wohlbekannt. Jeden Tag ergießt sich der schwarze Ruß aus seinem Schornstein über uns. **Kein Wunder – Kessel 1 wird mit dem schlechtesten und billigsten Material, mit Altöl und Ölabfällen, geheizt.** Dazu kommt der abscheuliche Gestank. Die Kollegen der Firma Merkel und die Bewohner der Veringstraße kennen das seit Jahren. Besserer Heizstoff oder ein Filter im Schornstein ist natürlich zu teuer! Besser die Wilhelmsburger verrecken langsam, als daß Herr Carraux, der ja auch nicht in Wilhelmsburg wohnt, in die Kasse greifen muß. **Und der Vering-Kanal! Viele Wilhelmsburger haben früher darin gebadet oder geangelt. Und heute? Dreck, Schlamm, Öllachen, Industrieabfälle. Der Vering-Kanal ist heute die Hauptkloake von Wilhelmsburg.**

CARRAUX IST KEINE AUSNAHME!

„Verhältnisse wie im Frühkapitalismus", das ist z. B. der Kommentar der D„K"P zu solchen Zuständen. Mit „Erklärungen" für die brutale Ausbeutung bei Firmen wie Carraux wie „Hält sich nicht an die Sicherheitsvorschriften!" – Verletzt das BVG" usw. wollen sie bei den Kollegen die Illusion wecken, solche Firmen seien Ausnahmen, gegen die man mit Hilfe des Staates sein Recht bekommen könnte.

Als wenn Carraux eine Ausnahme wäre! Wer das behauptet, der will nur über die wirklichen Verhältnisse hinwegtäuschen: alle „Sicherheitsvorschriften", das ganze Betriebsverfassungsgesetz haben den Kollegen keine Sicherheit, keine wirklichen Rechte gebracht.

Nehmen wir nur den Gestank und Dreck von Affi – jeder von der Veddel und von Wilhelmsburg kennt ihn. Bei Phönix-Harburg dasselbe. Und die Arbeitsbedingungen bei der Affi, bei der Phönix, im Hafen? Wieviele Verletzte, wieviele Verkrüppelte, wieviele Tote muß die Arbeiterklasse Tag für Tag, Jahr für Jahr opfern?

DEN AUSBEUTERN DAS HANDWERK LEGEN!

Warum geht der Staat nicht gegen diese Ausbeuter und Mörder vor?

Weil es ihm um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze geht, wie die Zeitungen schreiben? Arbeitsplätze bei Carraux – das ist nicht als Schinderei. Wie sicher aber diese Arbeitsplätze sind, das zeigt der Fall Ralf M. Das zeigen die über 1 Million Arbeitslose in diesen Tagen. **Die „Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze" – das ist nicht der Grund, warum Leute wie Carraux schalten und walten können, wie sie wollen. Der Grund ist: Diese Herren, die Kapitalisten, haben Wilhelmsburg, die Stadt Hamburg, ganz Westdeutschland in der Hand. Sie haben hier die Macht im Staat.** Mit dem Kapital, das den Arbeitern abgepreßt ist, finanzieren sie die Parteien von CDU, SPD bis D„K"P, die Presse und die Herren Abgeordneten, bauen sie ihre Armee und ihre Polizei aus, die die Aufgabe haben, die Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Kollegen, Wilhelmsburger! Dieses Land mit seinen Fabriken, Wohhäusern usw. ist das Eigentum einer Handvoll Ausbeuter. Die lassen niemanden „mitbestimmen", da gibt es keine „Demokratie" für uns. Die werden auch nicht ihre Fabriken und sonstigen Reichtümer „freiwillig" oder „friedlich" hergeben, wie es uns die D„K"P weismachen will.

Aus diesem mörderischen System gibt es für die Arbeiter in diesem Land nur einen Ausweg: gewaltsamer Sturz des Kapitalismus, Zerschlagung des Ausbeuterstaates! Auf den Trümmern der alten Gesellschaft werden wir dann unseren Staat, die Diktatur des Proletariats und unsere Wirtschaft, die sozialistische Planwirtschaft, errichten. Erst dann wird es solche Verhältnisse wie bei Carraux in Wilhelmsburg nicht mehr geben. Erst dann wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende haben.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund: Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/ 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover: Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/ 44 51 62.

Kiel: „Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr jeweils von 16.30 Uhr – 18.30 Uhr.

Mannheim: Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr. Tel 0621/37 67 44.

München: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/ 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/ 462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

KARLSRUHE
„Stabilitätsgerechte Abschlüsse sind Lohnraub", 3. 2., 20 Uhr, Clubraum des ASV Daxlanden, Kornweg, Abzweigung Pfalzstraße.

NEUMÜNSTER
„Zur Krise des kapitalistischen Systems", 31. 1., 19 Uhr, „Weberhaus".

Plakate aus China (im nebenstehenden Kasten eine Auswahl) sind zu bestellen bei:

**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Telefon: 040 / 4 10 17 36
PSchKto Hmb 1935 72 – 207**

PLAKATE

(in Chinesisch, Englisch, Französisch und Deutsch)



Preis 1,50 DM



Preis 1,50 DM